Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.) **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** (Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50,** und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.,** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.,** auswärtige Anzeigen **20 Pfg. Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 11. **Dienstag den 14. Januar 1902.** 9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 11 Januar 1902

Im Reichstage erreichte die Etatsdebatte am Sonnabend ihren Höhepunkt. Wieder war es eine wuchtige Anklagerede Bebels, die den Mittelpunkt der Verhandlungen abgab und zwei Minister, darunter den Reichskanzler, und den Vertreter des bayerischen Kriegsministeriums zur Erwiderung zwang. Vorangegangen war eine ziemlich belanglose Debatte über den Fall Spahn. Der nationalliberale Dr. Sattler hatte, nachdem er sich an den Polen gerieben, den Vorstoß gegen die Ernennung eines katholischen Geschichtsprofessors gegen den Willen der Straßburger Fakultät unternommen. Aber der Angriff war matt und trug kulturkämpferisches Gepräge. An eine Prüfung der Frage, wie es denn mit der vielberufenen Freiheit der Wissenschaft steht, ging Herr Sattler gar nicht heran. Da haben die Nationalliberalen auch ein zu schlechtes Gewissen. Die Antwort, die der gegenwärtige Staatssekretär für Elsaß-Lothringen gab, unser berühmter Herr v. Köller, bestätigte wiederum, daß ein „Bursch wie er“, sich aus solchen Kleinigkeiten nichts macht. Die Straßburger Fakultät hat nach der Stiftungsurkunde der Universität „nix to seggen“. Der Kaiser beruft die Professoren. Und Spahn ist angestellt worden, bei Leibe nicht, weil er der Sohn eines sehr einflußreichen Zentrumsführers, auch nicht, weil er ein tüchtiger Gelehrter, sondern nur, weil er Katholik ist und das „Bedürfniß nach katholischen Professoren“ besteht. Das Zentrum, für welches Herr Bachem sprach, war mit Herrn von Köllers Antwort höchlich zufrieden. Auch Bebel berührte in der Einleitung zu seiner länger als zwei Stunden währenden Rede, die das Haus und die Minister fortwährend in Spannung erhielt, den Fall Spahn, um aus ihm in Hinblick auf die Fälle der Genossen Dr. Arons und Dr. Conr. Schmidt zu beweisen, wie die Wissenschaft zur Magd der Macht erniedrigt wird. Dann ging er zu einer Kritik des Etats über. Er forderte die Verstaatlichung des Kohlenbergbaus und staatliche Eingriffe in die Preispolitik der Syndikate, die auf Kosten der einheimischen Konsumenten dem Auslande billige Preise machen. Auf dem Gebiete der Sozialreform verlangte er das Verbot der gewerblichen Kinderarbeit, die Beseitigung der Mißstände der Heimarbeit und eine gesetzliche Vertretung der Arbeiter in Arbeiterkammern. Nach einem Blick auf die Finanzlage, wobei er die Schuld an der deutschen Schuldenwirthschaft weniger der Regierung als dem bewilligungseifrigen Zentrum und den Nationalliberalen beimaß, wandte sich unser Redner einer Betrachtung der auswärtigen Politik, besonders des Chinafeldzuges zu. Hier brachte er besonders die Plünderungen zur Sprache, um dann nochmals auf die Hunnenbriefe einzugehen. Von äußerster Wirksamkeit waren die Bemerkungen unseres Redners über den Fall Feilitzsch. Hier schwitzten der preußische Kriegsminister und der bayerische Militärbevollmächtigte geradezu Blut, und Herr v. Bülow saß mit rothem Kopfe da. Die Rede schloß mit der Ankündigung, daß unsere Fraktion im Kampfe gegen den Zolltarif zur Obstruktion mit legalen Mitteln auf dem Boden der Geschäftsordnung und der Verfassung entschlossen sei, und daß sie den Etat wie immer aus prinzipiellen Gründen ablehnt. Nach Bebel ergriff sofort der Reichskanzler das Wort, um seine, wie er meint, vernünftige Welt- und Chinapolitik zu vertheidigen. Er war im Tone von auffälliger Höflichkeit gegen Bebel, den er einen hervorragenden Politiker nannte. Nur am Schluß klimperte er auf der nationalen Saite und warf Bebel vor, durch seine Bemerkungen über die Haltung unserer Truppen im deutsch-französischen Kriege das nationale Empfinden verletzt zu haben. — Herr v. Goßler hielt wieder eine längere Rede über die Hunnenbriefe, wobei er Bebel den herzlich schlechten Rath gab, den Spitzel Normann-Schumann in der Schweiz wegen Beleidigung zu verklagen. Sein Versuch, den Fall Feilitzsch zu rechtfertigen, mißlang völlig. Wie unangenehm den Herren die Sache, zeigte ein Verlegenheitsstammeln des bayerischen Generals v. Enders. — Am Montag geht die Debatte weiter.

115. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf v. Posadowsky, Frhr. von Thielmann, v. Goßler, später v. Bülow.

Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.

Dr. Sattler (natl.) geht zunächst auf die Polenfrage ein und verliest, um zu zeigen, wie hoch die Siedehitze in den Köpfen der Polen gestiegen ist, einen ihm von polnischer Seite zugegangenen Brief, der wegen seiner letzten Polenrede von Beleidigungen gegen ihn erfüllt ist. — Die Angelegenheit des Straßburger Prof. Spahn hat einen Verlauf genommen, der allen Betheiligten wenig Freude bereitet haben wird. Herr Prof. Michaelis hat seiner Sache einen schlechten Dienst erwiesen, als er in diese Erörterung einen anderen Fall hineingezogen hat. Der Fall Althoff gehört in die preußische Verwaltung, hierher gehört aber die Thatsache, daß ein katholischer und protestantischer Professor der neueren Geschichte an die Universität Straßburg berufen worden sind. Man muß hieraus die Anschauung gewinnen, als gäbe es eine katholische oder eine protestantische Geschichtswissenschaft. Es giebt aber nur eine einzige, nicht konfessionelle Geschichtswissenschaft. Wir wenden uns gegen diese Neuerung, Professoren nach ihren religiösen Bekenntnissen anzustellen, weil wir fürchten, solche Professoren würden nur kirchlich abgestempelte Geschichte vortragen. (Oho! im Zentrum). Eine solche Geschichte können wir nicht als wissenschaftliche Geschichte anerkennen Die Professoren dürfen nur das vortragen, was sie selbst nach ihrer Ueberzeugung für richtig halten. (Sehr richtig! links). — Der Reichskanzler meinte gestern gegenüber meinem Freunde Bassermann, die deutsche Presse und die öffentliche Meinung bedürften keines Leitmotivs von oben, das hat der Abg. Bassermann auch gar nicht behauptet, er führte die Bewegung des deutschen Volkes bezüglich des Burenkrieges darauf zurück, weil man über die offizielle Stellungnahme der Regierung nicht klar war. Hier, wie auch in der inneren Politik wäre eine klare Stellungnahme der Regierung erforderlich. Der kordiale Ton, den die Regierung gegenüber den Forderungen des Dr. Oertel anschlägt, wird kaum zu einer Verständigung beitragen. Wir werden stets bereit sein, auf Grund eines Vorgehens auf der mittleren Linie zur Erreichung der gesteckten Ziele beizutragen. (Beifall bei den Natlib.)

Staatssekretär für Elsaß-Lothringen von Köller: Ich bin Herrn Sattler dankbar, daß er mich durch seine Anfrage in die Lage versetzt, vor aller Welt offen und klar darzulegen, wie die ganze Angelegenheit entstanden ist. Herr Sattler führte aus, daß in den Kreisen des gebildeten Deutschlands große Erregung über den Fall Spahn geherrscht hat. Zunächst glaube ich nicht, daß der Kreis überhaupt so groß ist, und dann kann von einem Kampf zwischen katholischer und protestantischer Wissenschaft keine Rede sein. Schon bei Begründung der Universität Straßburg herrschte die Absicht, neben der protestantischen auch eine katholisch-theologische Professur zu begründen. Dieser Absicht stellten sich aber zuerst unüberwindliche Hindernisse entgegen. bis die Sache im Jahre 1894 infolge eines sogenannten „Offenen Briefes“ im Landes-Ausschuß zur Sprache gebracht wurde. Der Landes-Ausschuß beschloß keine Erhöhung des Straßburger Universitäts-Etats, sondern faßte nur Resolutionen zu wiederholten Malen, bei einer etwaigen Vakanz eine Erhöhung des Etats der Universität Straßburg ins Auge zu fassen. Nun konnte die Regierung in eine Prüfung der Bedürfnißfrage eintreten. Die katholischen Studenten in Straßburg machen etwa ein Drittel aus, demgegenüber beträgt die Gesammtzahl der außerordentlichen Professoren 73, darunter 4 katholische und 6 Israeliten. (Hört! hört! im Zentrum. Große Heiterkeit.) Diese Verhältnisse veranlaßten die Regierung zu erwägen, ob die katholischen Professoren nicht mehr zu berücksichtigen seien. Dazu kommt noch, daß die Zahl der Studenten aus dem Reichsland von Jahr zu Jahr wächst. (Lauter Ruf im Zentrum: Hört! hört! Große Heiterkeit.) Aus diesem Grunde haben wir einen katholischen Professor berufen. Nun wird uns der Vorwurf gemacht, daß wir auch einen evangelischen Professor berufen hätten. Das war aber nöthig, nachdem Professor Varrentrapp nicht mehr da war. (Erneuter lauter Ruf aus dem Zentrum: Hört! hört! Große Heiterkeit) Drei Professoren für Geschichte sind durchaus nöthig Die zweite Frage ist nun die, die den meisten Staub aufgewirbelt hat: Ist die kaiserliche Regierung befugt über die Köpfe der Professoren hinweg einen Professor zu berufen. Nach den in Betracht kommenden Bestimmungen hat die Fakultät aber gar kein Recht, darüber befragt zu werden, wer berufen werden soll; ebenso ist die Zahl der Dozenten keine geschlossene. Wir können also, wenn nur der Landes-Ausschuß das Geld bewilligt, 20 Professoren für Geschichte berufen. (Heiterkeit.) Nach dieser Darlegung des Falles werden Sie mir zugeben, daß die Erregung über den Fall Spahn namentlich durch die Presse geschürt worden ist. (Widerspruch links.) Sehr richtig hat Herr Sattler gesagt, daß die Professoren nur vorzutragen haben, was sie selbst als wahr erkannt haben. Wir haben das Vertrauen zu den Professoren, daß sie dies thun. Ich hoffe, daß durch meine Ausführungen die ungerechtfertigte Aufregung im Lande nunmehr beseitigt ist. (Beifall im Zentrum.)

Dr. Bachem (Z.): Ich hätte gewünscht, daß in dieser Sache einer der elsässischen Abgeordneten das Wort ergriffen hätte. Ich meine, auch hierbei zeigt sich in der Beschränkung erst der Meister. Ich werde die Angelegenheit sine ira et studio behandeln. Die Person des Professors Spahn scheidet für uns völlig aus, wir fassen nur die prinzipielle Bedeutung des Falles ins Auge. Herr Sattler hätte nichts dagegen gehabt, wenn ein Protestant oder Israelit Geschichte gelesen hätte; wenn dies nun ein Katholik thut, regt er sich auf. (Sehr richtig! im Zentrum.) Auch ich meine, daß es keine speziell katholische Geschichtsauffassung giebt, aber die Gesammtauffassung der Geschichte ist doch eine verschiedene, je nach dem Standpunkt des Verfassers. Ein katholischer Professor braucht sich keinerlei Beschränkungen aufzuerlegen in der Beurtheilung der Thatsachen, die katholische Kirche beeinflußt ihn in keiner Weise. Ich komme jetzt zum Fall Spahn. Diese Angelegenheit hat eine Bewegung für die sogenannte Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft veranlaßt. Diese Voraussetzungslosigkeit trägt eine ganz falsche Voraussetzung in sich. Unsere Universitäten sind Staatsanstalten. Straßburg ist eine Reichsanstalt. Man darf also mit Fug und Recht verlangen, daß in der Auswahl der Professoren die natürlichen Bedürfnisse eines Reiches oder eines Landes ihre Berücksichtigung finden. Durch die Feststellungen des Herrn v. Köller, über die ich mich sehr freue, ist Klarheit in die Sache gekommen. Wenn die Regierung die Fakultäten nicht zu befragen braucht, so ist sie allein verantwortlich für die Besetzung der Straßburger Professorenstellen. Wie konnte es denn dann überhaupt kommen, daß in einem größtentheils katholischen Lande der Katholizismus von zahlreichen Lehrstühlen wissenschaftlich herabgesetzt wurde, ohne auch nur von einem einzigen Professorenstuhl vertheidigt zu werden? Im Namen der Gesammtheit meiner Freunde kann ich Ihnen nur erklären, daß wir dafür sorgen werden, daß diese Frage nicht mehr von der Tagesordnung verschwindet. Zum Schluß will ich Herrn Sattler nur das Eine fragen: Wenn ein Katholik nicht geeignet ist, Geschichtswissenschaft zu lehren, kann denn dann ein Reformirter zugeben, daß ein Lutheraner Geschichtswissenschaft lehren könne, und sind denn dann die Israeliten von vornherein geeignet dazu? Hoffentlich greift auf der Universität Straßburg in Zukunft ein weitsichtigeres Vorgehen im Sinne der paritätischen Behandlung der Konfessionen Platz. (Beifall im Zentrum.)

Bebel (SD.): Auf die Polenfrage werden wir bei der Fortsetzung der Berathung der Interpellation unserer polnischen Kollegen näher einzugehen haben. Was die Debatte über die Straßburger Universität anlangt, so hätte Herr Sattler seinen Operationsplan bei der Spezialberathung des Etats für Elsaß-Lothringen vorbringen sollen. (Sehr richtig! links.) Interessant war mir bei der Debatte nur, wie man sich im Allgemeinen die Besetzung der Lehrstühle an unseren Universitäten denkt. Es wird nicht der tüchtigste Professor genommen, sondern es wird vor Allem danach gefragt, welcher Religion der Betreffende angehört. Auf den Begriff der voraussetzungslosen Wissenschaft will ich nicht länger eingehen. Ich bin überzeugt, daß man von einer solchen bei uns überhaupt nicht sprechen kann. Jeder hat heute seinen bestimmten Standpunkt und trägt seine Parteianschauung vor. Auch ist es ausgeschlossen, daß die Fakultäten unparteiisch eine Auswahl treffen. Wir Sozialdemokraten haben das ja am eigenen Leibe erfahren müssen. Ich erinnere nur an den bekannten Fall Arons. Man sollte doch meinen, daß die Chemie nichts mit der politischen Gesinnung zu thun habe (Abg. Singer: Aber Herr Althoff glaubt es.), und doch hat man Arons von der Universität verwiesen. Aehnlich ist es dem vorzüglichen Volkswirthschaftler Conrad Schmidt gegangen. Also eine Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft kann und darf bei uns nicht existiren. Den Professor möchte ich sehen, der atheistische Anschauungen lehren wollte. Ich bezweifle auch, daß Herr Häckel an einer anderen Universität als in Jena seine darwinistischen Anschauungen vortragen könnte. Was der Debatte ein besonderes Interesse gab, war, daß, obgleich sich unter den drei von der Fakultät vorgeschlagenen Professoren ein Katholik befand, dieser nicht genommen wurde, sondern man hat einen bisher in wissenschaftlichen Kreisen unbekannten Mann (Oho! i. Zentr.) genommen, der nur das einzige Verdienst besessen haben soll, daß er eine im byzantinischem Stil gehaltene Geschichte des großen Kurfürsten geschrieben hat. (Zuruf im Zentr.: War noch gar nicht erschienen.) Was nun den Etat anlangt, so ist hier vom Defizit des Postetats gesprochen worden. Das kommt theilweise von den vielen Verpflichtungen, die die Post übernommen hat. Sie muß sämmtliche Staatskorrespondenzen gratis befördern, auch die Fürsten genießen Portofreiheit und nutzen dieselbe oft in skandalösester Weise aus. Graf Stolberg sprach von der Krise als von einer Wellenbewegung, die immer sein wird. Die Krisis hängt mit der kapitalistischen Produktionsweise zusammen. Sie ergreift wie ein ins Wasser geworfener Stein immer größere Kreise und zwingt sie zu einer Einschränkung der Konsumption bis der Tiefpunkt erreicht ist und allmälig wieder ein Aufsteigen erfolgt. Eine Aenderung wird nur möglich sein, wenn sich Produktion und Bedarf statistisch feststellen lassen für jeden einzelnen Artikel. Dies wird Aufgabe der sozialistischen Gesellschaft sein, bei den heutigen anarchischen Produktionsverhältnissen ist das nicht möglich. (Oho! rechts.) Das Kohlensyndikat verkauft nach wie vor seine Waaren nach dem Auslande billiger, wie nach dem Inlande. Dies Verhalten hat bei meinen Freunden die Ueberzeugung wachgerufen, daß auf diesem Gebiete die Staatsgewalt einzugreifen hat. Der gesammte Kohlenbau und die gesammte Kohlenproduktion muß verstaatlicht werden. Daß der Staat anläßlich der herrschenden Arbeitslosigkeit die Pflicht hat, einzugreifen, versteht sich ganz von selbst. Graf Stolberg hat gesagt, im Interesse der Arbeiter müsse auch die Sozialdemokratie im gegenwärtigen Augenblick für die Marinevorlagen stimmen. Weshalb setzt dann aber Graf Stolberg seine ganze Kraft nicht für die Kanalvorlage ein? (Unruhe rechts. Sehr gut! b. d. Soz.) Damit würde Hunderttausenden von Menschen Arbeitsgelegenheit geschafft. In Bezug auf soziale Gesetzgebung müssen wir auf die Einführung eines zehnstündigen Normalarbeitstages dringen, der dann bis auf 8 Stunden herabgehen müßte. Schon 1872 haben konservative Sozialpolitiker die Einführung einer Normalarbeitszeit von 56½ Stunde pro Woche gefordert, um damals die katholischen Arbeiter dem Zentrum abspenstig zu machen. Was würden die Konservativen sagen, wenn wir ihnen heute diesen Gesetzentwurf mit zeitgemäßen Aenderungen vorlegen würden? Wir verlangen ferner einen Gesetzentwurf betr. das Verbot der gewerblichen Kinderarbeit, Beseitigung der Mißstände der Heimarbeit und eine vollständige gesetzliche Vertretung der Arbeiterklasse, wie sie das Unternehmerthum in den Gewerbe-, Handels- und Handwerkerkammern besitzt. Ich bin überzeugt, daß in unserem Etat die Ausgaben auch fernerhin wachsen werden und die Einnahmen nicht steigen werden, denn besteuert haben Sie ja schon Alles, was besteuert werden kann. Durch die Flottenvorlage sind dauernde Ausgaben festgelegt worden. Daß da die Schuldenlast größer wird, ist ja kein Wunder. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die dritte Schulden-Milliarde ist voll und im nächsten Jahre marschiren wir flott in die vierte hinein! Herr Bachem hat nun den Nationalliberalen lebhaft vorgeworfen, daß sie die Mehrausgaben nicht verhindert hätten. Ach, meine Herren vom Zentrum, so können Sie sich wirklich nicht reinwaschen. Die Nationalliberalen gingen voran und Sie (zum Zentr.) folgten nach. Zwischen Zentrum und Nationalliberalen besteht ein wahres Wettrennen nach Regierungsgunst. (Sehr richtig! bei den Soz.) Am besten erwirbt man sie durch Bewilligungseifer, und so sind wir in die Milliardenausgaben hineingekommen. Als Vertreter des Volkes hätten Sie die Pflicht, gegen die übermäßigen Forderungen der Regierung zu protestiren. Die Volksvertretung ist zum Widerstande da, wenn es der Bundesrath daran fehlen läßt. Die Volksvertretung hat sich also zu bessern. Der Schatzsekretär hat eine Bier- und Tabaksteuer angekündigt. Wir können wirklich nicht genug Agitationsstoff bekommen. (Große Heiterkeit und Beifall b. d. Soz.) Vielleicht kommt der Schatzsekretär noch dazu, Luft und Wasser zu besteuern. (Heiterkeit links.) Ich meine, das einzige Mittel, der Finanznoth des Reiches abzuhelfen, ist eine Reichseinkommen- und Vermögenssteuer. (Sehr richtig! bei den Soz.) Aber freilich, die Reichen würden schreien, wenn sie höher belastet würden, sie würden bei 5 Prozent Vermögenssteuer republikanisch werden. In Sachsen haben die Konservativen eine Erhöhung der Vermögenssteuer hintertrieben. Die Finanzlage des Reiches ist wegen der wachsenden

Militärausgaben sehr ungünstig. Trotzdem der Kaiser fortwährend in seinen Reden den Weltfrieden verkündet, wird immer weiter gerüstet. Wir treiben Weltpolitik, auf der anderen Seite die damit in Widerspruch stehende Zolltarifpolitik. Es ist nur begreiflich, wenn die Kontrahenten des Dreibundes, die diese Weltpolitik beobachten, mit Sorgen erfüllt werden, denn unsere Art von Weltpolitik vermehrt zusehends den Konfliktsstoff. Herr Oertel hat über den Dreibund gespöttelt. Der Dreibund war nach dem Zusammenbruch des Dreikaiserbündnisses eine gegebene Größe, eine politische Nothwendigkeit Kommt es zu einem europäischen Kriege, so reichen die 120 Millionen im Juliusthurm knapp für drei Kriegstage. Nach einer Broschüre des Obersten Edeler von der Tann kostet jeder Kriegstag, wenn $7\frac{1}{2}$ Millionen Soldaten im Felde stehen, 45 Millionen Mark. Unser China-Abenteuer sollte uns doch wirklich zur Vorsicht mahnen. Herr Bachem war ja sehr zufrieden mit dem Feldzug. Der belgische katholische Minister Bernaert urtheilt freilich ganz anders über diesen Krieg. Der Aufstand der Boxer war die nothwendige Folge des Verhaltens der Mächte und überhaupt der Fremden in China. Die Ermordung des deutschen Gesandten geschah unter dem Eindruck der Erstürmung des Takuforts. An demselben Tage erging in Peking der Befehl, alle Europäer niederzuschießen. Der chinesische Offizier, der den Gesandten erschossen hat, hat damit nichts gethan, als nach deutschen Begriffen seine Pflicht als Soldat erfüllt. Er that nichts anderes, als wenn unsere Soldaten auf Befehl auf Vater und Mutter schießen. (Sehr gut b. d. Soz.) Der Kopf des Gesandtenmörders ist in Spiritus gelegt worden. Vielleicht ist einer der Herren der Regierung so freundlich, darüber Aufschlüsse zu geben. In China wurde nach meiner Meinung ganz nach der Parole gehandelt: Gebt keinen Pardon und benehmt Euch so, daß auf 1000 Jahre kein Chinese mehr wagt, einen Deutschen scheel anzusehen. Das chinesische Prinzlein hat den Kotau nicht gemacht, wohl aber hat man sich in Berlin einschüchtern lassen. Wollte man sich nicht durch das Scheitern der Sühnemission vor der ganzen Welt blamiren, so mußte man dem chinesischen Prinzlein nachgeben. Nach der Parole: Gefangene werden nicht gemacht, hat man Männer, Weiber und Kinder niedergeschossen. Das ist gewiß nicht dem Ruhme Deutschlands und der europäischen Zivilisation dienlich. Die Kriege in China, Transvaal und den Philippinen sind ein Schandmal für die Zivilisation. Die Wegnahme der Instrumente hat der Abg. Dr. Bachem als einen Raub und Prof. Liszt als völkerrechtswidrig bezeichnet. Diese Wegnahme ist aber anbefohlen worden, wie Generallentnant v. Lessel bezeugte. Ist dieser Befehl vom Grafen Waldersee ausgegangen? Nach §§ 129 und 131 des Militärstrafgesetzbuches mußte diese Plünderung durch Kriegsrecht bestraft werden und zwar mit Gefängnißstrafe bis zu 5 Jahren und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Der diese Plünderung angeordnet hat, müßte zur Verantwortung gezogen werden. Auch das Protokoll der Haager Friedenskonferenz verlangt eine Ahndung, wenn man Gebäude, die dem Gottesdienst, dem Unterrichte und der Kunst und Wissenschaft dienen, beschädigt. Wo ist in diesem Falle die Ahndung geblieben? — Was in Südafrika an Gewaltthätigkeit geleistet wurde, läßt sich nur mit den Zeiten des 30 jährigen Krieges vergleichen. Die Erregung des deutschen Volkes über Chamberlain verstehe ich nicht. Er hat nicht nur Deutschland, sondern auch andere Länder gemeint. Uebrigens ist es auch im deutsch-französischen Krieg nicht ohne Gewaltthaten abgegangen. Wäre die deutsche Armee in ähnlicher Lage, wie die englische, so würde sie vielleicht auch verrohen. Wenn Abg. Liebermann v. Sonnenberg von der Zusammensetzung der englischen Armee gesprochen hat, so möchte ich ihn erinnern, daß der „Schwäbische Merkur" die Bildung einer Kolonialarmee aus ähnlichen Elementen forderte. Auch hier leuchtet die Absicht vor, solche Kriege möglichst roh zu führen. An den chinesischen Plünderungen haben notorisch auch die Missionare theilgenommen. Die französische Regierung hat ganze Kisten chinesischer Beute in Marseille gelandet und General Voyron beschuldigt den Bischof Favrier, eine Menge eingeborener Christen zur Plünderung verwendet zu haben. In Peking sind ganze Wagenladungen mit Silber beladen worden. Der amerikanische General Chaffee bezeugt, daß auf einen getödteten Boxer 50 erschlagene Kulis, Frauen und Kinder kämen Ein amerikanischer Missionar beschuldigt vor allem die deutschen Truppen, sich beim Plündern betheiligt zu haben. Bischof Anzer hat sich dahin geäußert, kein Mensch könne wissen, was aus diesem chinesischen Chaos noch werden würde. Unstreitig enthalten die Bestimmungen des Schlußprotokolls der Mächte den Keim zu neuen Verwickelungen. In Bezug auf die Hunnenbriefe bin ich nicht getäuscht worden, sondern höchstens die Regierung. Nicht trotz, sondern gerade wegen der Prozesse halte ich alles aufrecht, was ich über die Hunnenbriefe gesagt habe. (Bravo! b. d. Sozialdemokraten. Bewegung.) In dem Stuttgarter Prozeß sagte Herr v. Lessel aus, in der Schweiz habe man eine Fabrik von Hunnenbriefen entdeckt, denen nur noch der chinesische Poststempel gefehlt habe. Da fehlt also doch gerade die Hauptsache. (Große Heiterkeit links.) Hat man aber den Thäter entdeckt oder gehört er zu jenen dunklen Ehrenmännern, die für 10, 15 Mark zu haben sind. (Sehr gut! bei den Soz.) Das Entscheidende ist: in allen Prozessen ist der Beweis für die Echtheit der Briefe gar nicht zugelassen worden (Lebh. Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Bewegung.) Ich habe ein Zeugniß über die Person des Briefschreibers abgelehnt, weil ich nicht autorisirt war, den Namen zu nennen. Von der Redaktion des „Vorwärts", an die der Brief gerichtet war, ist niemand vernommen worden. Das Gericht hat sich begnügt, eine formale Beleidigung festzustellen und die unerhörte Strafe von 6 Monaten gegen die Redakteure verhängt. (Hört! hört! bei den Sozialdem.) Weshalb hat man übrigens nur sozialdemokratische Blätter verklagt, während doch auch in einer ganzen Reihe bürgerlicher Zeitungen Hunnenbriefe erschienen sind. Auch Maler Rocholl, der im offiziellen Auftrag in China war, hat schauderhafte Dinge erzählt, ohne angeklagt zu werden. Die sozialdemokratische Presse hat mit der Veröffentlichung der Hunnenbriefe das gethan, was unterlassen zu haben Sie der englischen Presse vorwerfen. (Sehr gut! bei den Soz.) — Ich muß noch auf den Vorgang mit dem Hauptmann v. Feilitzsch eingehen. Den Vorwurf der Feigheit gegen diesen Herrn, den Herr Generalmajor v. Endres mit solcher Entrüstung zurückwies, hat im bayerischen Landtage mein Parteigenosse v. Vollmar erhoben, ohne daß der bayerische Kriegsminister v. Asch auch nur ein Wort der Entgegnung darauf hatte. (Bewegung, lebh Hört! hört! bei den Soz.) Herr v. Feilitzsch, der in der bayerischen Armee wegen Soldatenmißhandlungen keine Aufnahme mehr fand, war für die preußische Armee noch gut genug. (Hört, hört! bei den Soz.) Giebt es eine schwerere Beleidigung für den bayerischen Kriegsminister, als wenn der preußische Kriegsminister einen von ihm entlassenen Offizier einstellt (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Kriegsminister soll einem von hoher Stelle an ihn gerichteten Wunsche nachgekommen sein. (Hört, hört! bei den Soz.) Es ist klar, daß solche Fälle, und der Fall v. Feilitzsch ist nicht der einzige gebliebene, geradezu demoralisirend auf die Armee wirken müssen. (Sehr richtig! links.) Der Generalmajor von Endres fürchtet unsere Geschenke. Wir bieten ihm gar keine an. (Heiterkeit.) In der bayerischen Kammer hat sich mein Freund Vollmar in den schärfsten Worten über Herrn von Feilitzsch geäußert, ohne daß ihm der Kriegsminister ein Wort erwidert hätte. Auch den Vorwurf der Feigheit des Soldatenschinders hat Vollmar gegen Feilitzsch erhoben. In Bayern ist er bestraft worden, in Preußen erhält er einen Orden und wird mit dem alten Patent in die Armee eingereiht. In Bayern hält man das Verfahren Preußens für illoyal und man hat Recht. Herr v. Endres will das nicht wahr haben. Er spricht hier als Diplomat, und Diplomaten benutzen die Sprache, um die Gedanken zu verbergen. Man hat uns Herr v. Kardorff die französischen Sozialdemokraten als Muster hingestellt. Frankreichs Agrarverhältnisse sind ganz andere, daraus erklärt sich die veränderte Haltung der französischen Genossen. Wir verurtheilen unsere Haltung vor unseren Wählern. Wir werden die Erhöhung der Getreidezölle mit Obstruktion zu verhindern wissen, darüber seien Sie sich keinen Augenblick im Zweifel. Wir bekämpfen die kapitalistische Wirthschaftsordnung, weil sie die Arbeiter ausbeutet. Der Etat enthält die Mittel für den Fortbestand dieser Ordnung. Wir verwerfen ihn. (Lebhafter Beifall b d. Soz.)

Reichskanzler Graf Bülow: Der Herr Vorredner hat auf eine Rede des Kaisers, die derselbe im vorigen Jahre in Cuxhaven gehalten hat, Bezug genommen. Diese Rede war eine reine Friedenskundgebung. — Dann hat der Vorredner einen Gegensatz zu konstruiren versucht zwischen jener Rede und unserer Wirthschaftspolitik. Ich habe schon bei der Tarifdebatte darauf hingewiesen, daß eine vernünftige Weltpolitik eine vernünftige Heimathpolitik nicht ausschließt. (Lachen b. d. Sozialdem.) Es giebt auch eine unvernünftige Heimathspolitik (Lebhafte Zustimmung b. d. Sozialdem. — Heiterkeit), die werden wir und die Mehrheit dieses hohen Hauses nicht mitmachen. (Sehr gut! rechts.) Als Gegner der Weltpolitik kann der Herr Abg Bebel nicht im Namen der Weltpolitik gegen unsere Heimathspolitik polemisiren. Diesen Luxus darf sich der Herr Abgeordnete nicht gestatten, das Roß der Weltpolitik darf er uns gegenüber nicht tummeln, es sei denn, daß er vorher für mindestens 3 Flottenvorlagen gestimmt hat. (Heiterkeit.) Weiter hat Herr Bebel gesagt daß bei unseren Dreibundverbündeten Mißtrauen gegen uns bestände Diese Ansicht ist durchaus unbegründet. Ich kann ihm nur mittheilen, daß ich gestern aus Rom ein Telegramm erhalten habe, in welchem der italienische Minister des Auswärtigen, Prinetti, sich mit meinen Ausführungen von neulich, Wort für Wort einverstanden erklärt. Also ich kann ihn nur bitten, auch betr. unserer internationalen Verhältnisse, sich nicht zu viel Bären aufbinden zu lassen. (Heiterkeit rechts.) Die weiteren Ausführungen des Abg. Bebel waren mir ein Beweis dafür, daß es in Deutschland hervorragende Politiker, ja ganze Parteien giebt, die die auswärtige Politik mehr vom Standpunkt ihrer subjektiven Empfindung beurtheilen. Seine Partei nimmt in dieser Frage einen Standpunkt ein, den das deutsche Volk weder theilt, noch begreift. In England und Frankreich würden es manche Leute gewiß gern sehen, wenn die Ansichten des Abg. Bebel über unsere Kolonialpolitik die herrschenden wären. — Nach meiner Ansicht kann darüber kein Zweifel sein, daß alles, was von den Exzessen unserer Truppen in China gesagt wurde, theils übertrieben, theils erfunden ist, besonders die Hunnenbriefe. Soweit diese nicht bestellt waren, schwebte über ihnen Münchhausens Geist. Die Ansicht des Bischofs Anzer über die künftige Entwicklung der Dinge in China, die Herr Bebel anführt, scheint mir etwas pessimistisch Jedenfalls sind gegen Vorkommnisse, wie im vorigen Jahre, Vorkehrungen getroffen. Dem chinesischen Volke ist in empfindlicher Weise klargemacht worden, daß es sich nicht ungestraft gegen die Europäer vergehen darf. Gewiß werden die chinesischen Behörden noch harte Kämpfe gegen die Boxer zu führen haben, die Ansicht unserer Vertreter in China geht aber dahin, daß ähnliche Vorgänge, wie die letzten, in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sind. Es ist zu erwarten, daß die Erschließung Chinas durch die europäische Kultur von jetzt ab ohne Störungen verlaufen wird. Was wir in China erreichen wollen, habe ich seinerzeit ausführlich dargelegt. Sie werden zugeben, daß das Programm in allen wesentlichen Punkten erreicht worden ist. Deutschland geht aus der Chinaaffaire in gesicherter Stellung und mit vollen Ehren hervor. Herr Bebel hat die Haltung unserer Truppen im deutsch-französischen Kriege angegriffen. Unser Heer hat aber, was Menschlichkeit anlangt, in allererster Linie gestanden. (Lebhafter Beifall rechts.) Weiter werde ich auf diese Anfrage des Abg. Bebel nicht antworten. Gegen ausländische Angriffe auf unser Heer werde ich stets Front machen, das Urtheil über diese Angriffe aus deutschem Munde überlasse ich dem deutschen Volke und der öffentlichen Meinung. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Preußischer Kriegsminister von Goßler: Es ist unfruchtbar, dem Abg. Bebel den Charakter des Krieges klar zu machen. Die Boxer haben mehr als 80 000 chinesische Christen getödtet, die katholischen Missionare haben wahre Heldenthaten im Kampfe mit den Boxern vollbracht. Abg. Bebel hat mir selbst gerathen, die „Hunnenbriefe" vor Gericht zu bringen. Ich habe daraufhin gehofft, er würde vor Gericht die Aufklärung der Thatsachen unterstützen. Abg. Bebel hat aber vor Gericht angegeben, er hätte den Namen des betreffenden Briefschreibers vergessen (Hört, hört! rechts) und er könne ihn jetzt nicht nennen. Das ist der Wortlaut seiner Aussage. (Abg. Bebel ruft: Das ist der Wortlaut nicht!) Für die Echtheit der Hunnenbriefe ist nirgends ein Beweis erbracht. Ich habe Beweise für beide Sorten dieser Briefe, die in Europa und die in China fabrizirten Lügenbriefe. Der Absender eines Briefes, den ich in Händen habe, stammt aus Genf; der Brief ist in Luzern zur Post gegeben, die Adressen waren nach Zürich und Basel bestimmt. Eine in der Schweiz verbreitete Flugschrift mit der Ueberschrift „Bebels Meineid und die Hunnenbriefe" ist unterzeichnet: „Luzern, den 24 Dezember 1901. W. F. G. Schumann." (Wiederholte laute Zurufe bei den Sozialdemokr.: Der Spitzel Normann-Schumann!) Ich kenne diesen Normann-Schumann nicht persönlich, würde aber Herrn Bebel rathen, auf Grund der in dieser Schrift enthaltenen, sehr gravirenden Ausdrücke gegen diese Persönlichkeit in der Schweiz zu klagen. In allen Fällen, wo die Existenz von Beutestücken hier im Lande behauptet worden ist, ist sofort recherchirt worden. Bei einem Marinesoldaten wurde eine Uhr gefunden, deren Werth zuerst von einem angeblichen Sachverständigen auf 2—3000 Mk. geschätzt wurde, schließlich ergab sich aber, daß ein Liebhaber ungefähr 50 Mk. dafür geben kann. Es ist eine Uhr, die nicht geht. (Heiterkeit rechts.) — Ich verstehe nicht, wie Abg. Bebel bezüglich der Pekinger Instrumente das Militärstrafgesetzbuch zitiren konnte. Der Feldmarschall hat den Befehl gegeben, daß um die Kriegskosten einigermaßen zu decken, Staatseigenthum mit Beschlag belegt werden solle! (Abg. Singer: Das nennt man plündern!) Sobald die Regierung die Beschlagnahme der Pekinger Instrumente erfuhr, hat sie der chinesischen Regierung angeboten, die Instrumente zurückzunehmen. (Zurufe bei den Soz.) Die chinesische Regierung hat das abgelehnt. Weiter hat Abg Bebel den Fall des Fhrn. v. Feilitzsch hier besprochen. (Wiederholte Zurufe bei den Soz.)

Präs. Graf Ballestrem: Der Herr Abg. Bebel ist nicht unterbrochen worden; die Höflichkeit und Ordnung erfordert es, daß die Herren auch den Herrn Kriegsminister nicht unterbrechen. (Beifall rechts.)

Kriegsminister v. Goßler (fortf.): Die Vorwürfe gegen den Hauptmann v. Feilitzsch bezüglich seines Muthes und seiner Kriegstüchtigkeit entbehren jeden Grundes. Am 13. März 1901 wurde in der „Münchener Post" der Brief eines Chinakämpfers veröffentlicht, in welchem über schlechte Behandlung bei der Kompagnie des Hauptmanns v. Feilitzsch geklagt worden ist. Seitens des Kommandos des Expeditionskorps wurde daraufhin eine Untersuchung eingeleitet. Es hat sich nur ergeben, daß in einzelnen Fällen ziemlich herbe Worte von dem Hauptmann gebraucht worden sind. Diese Worte sind zum Theil rein süddeutscher Art. (Gr Heiterkeit.) In einzelnen Fällen hat der Hauptmann die Leute etwas geschüttelt. Beides ist aber nur da vorgekommen, wo besonders schwere Nachlässigkeiten der Leute vorlagen. Trotzdem mußte natürlich gegen den Hauptmann v. Feilitzsch durch ein kriegsgerichtliches Urtheil erkannt werden. (Abg. Bebel ruft: Aha!) Wenn Herr Bebel das Strafgesetzbuch kennen würde, würde ihm dies nichts Neues sein. Auf Grund der Vorgänge, die der Kaiser selbst geprüft hat, hat er den Hauptmann v. Feilitzsch in seine Armee berufen, und wir sind der Ueberzeugung, daß er ein trefflches Mitglied unserer Armee sein wird. (Beifall rechts.)

Bayrischer Generalmajor von Endres: Herr v. Feilitzsch hat niemals das Ersuchen gestellt, wieder in die bayerische Armee aufgenommen zu werden. Wenn der bayerische und der preußische Kriegsminister etwas zu verhandeln haben, geschieht das auf einem andern Weg, als durch die „Augsburger Abendzeitung", wie Herr Bebel meint. Gegen Herrn v. Feilitzsch ist eine sehr schwere Strafe verhängt worden; unser Herr Minister hat die Sache sehr streng angesehen. Die Einstellung in die preußische Armee sollte bewirken, daß für diese schwere Strafe eine gewisse Remedur eintrat. Von Seiten Preußens wurde die Sache nicht so sehr streng angesehen.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen vertagt das Haus die Weiterberathung.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Berathung.

Schluß $6\frac{1}{2}$ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein Dementi. Die „Leipziger Zeitung", ein vom sächsischen Staate subventionirtes Blatt, erklärt, an der von „Lübecker Volksbote" gebrachten Nachricht, wonach die Stellung des hanseatischen Gesandten und Bundesrathsbevollmächtigten Klügmann sehr erschüttert sei weil er bei der ersten Berathung der Zolltarifvorlage im Reichstage die ablehnende Haltung seiner Regierungen zur Vorlage nicht zum Ausdruck brachte, sei „auch nicht ein wahres Wort." — Wir vermissen die Aktive Legitimation der „Leipz. Ztg." zu diesem Dement und halten infolge dessen unsere Nachricht nach wie vor aufrecht. Falls unsere Mittheilung den Thatsachen nicht entspräche, hätte sicherlich auch schon längst irgend ein Blatt, das den Regierungen der drei Hansestädte nahesteht, die Dementirspritze in Bewegung gesetzt.

Bei der Reichstagsersatzwahl in Siegburg-Waldbroel für den bisherigen Senior des Reichstages, den Zentrumsabgeordneten Lingens, ist am Donnerstag aller Wahrscheinlichkeit der Zentrumskandidat, Landtagsabgeordneter Amtsrichter Dr. Becker aus Honnef, gewählt worden.

Anträge der Sozialdemokraten zum Zolltarifgesetz. Unsere Genossen in der Zolltarif-Kommission haben vorläufig 6 Anträge zu den ersten beiden Paragraphen des Zolltarif-Gesetzes eingebracht. Der erste derselben verlangt, daß an Stelle des Absatz 1, § 1, der einem neuen Zolltarif im voraus die Zustimmung ertheilt, die Forderung verwirklicht werde, die die sozialdemokratische Fraktion in ihrem Gesetzentwurf vom 8. Mai 1890 dahin aufstellte, daß die Zölle auf Getreide, Hülsenfrüchte, Butter, Fleisch, Fische, Heringe, Mühlenfabrikate (Graupen, Gries, Grütze, Mehl, Backwaaren), Schmalz, Eier, lebendes Zug- und Schlachtvieh aufgehoben werden. Ein zweiter Antrag will die Erzeugnisse der deutschen Kolonien, Schutzgebiete und Zollausschlüsse zollfrei machen.

Ein dritter Antrag will der „nationalen" Uebung, in Deutschland hergestellte Waaren im Ausland billiger wie in Deutschland zu verkaufen, durch folgenden § 1a entgegentreten:

„Der Bundesrath ist verpflichtet, die Zölle für vom Auslande eingehende Waaren aufzuheben und deren zollfreie Einfuhr zuzulassen, wenn die gleichartigen Waaren von deutschen Verkaufsvereinigungen (Syndikaten, Trusts, Kartellen, Ringen und dergleichen) nach dem oder im Auslande billiger verkauft werden als im deutschen Zollgebiete.

Die getroffenen Anordnungen sind dem Reichstage sofort oder, wenn er nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitzutheilen. Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Zustimmung nicht ertheilt."

Ein vierter Antrag (§ 1b) will einen Theil des durch das Zolltarifgesetz den Großgrundbesitzern zugedachten Vortheils durch folgende Vorschrift wenigstens theilweise wieder nehmen. Er lautet:

„Solange bei der Einfuhr von Getreide in das deutsche Zollgebiet Zölle erhoben werden, sind die Eigenthümer eines landwirthschaftlichen Grundbesitzes mit mehr als 100 Hektar landwirthschaftlich benutzter Fläche verpflichtet, an das Deutsche Reich für jeden Hektar ihres Besitzes das Zehnfache des auf den Doppelzentner Weizen gelegten Zolls an das Deutsche Reich zu zahlen."

§ 1c verlangt Zulassung des Rechtswegs über vermeintlich zu Unrecht erhobene Zölle.

§ 1d will die Errichtung einer Auskunftsstelle über die Zolltarif Sätze.

In Vorbereitung sind unter Anderem Anträge, welche die Aufhebung der Salzsteuer, der Branntwein-Liebesgabe und eventuell Zuführung des Betrages derselben an das Reich, sowie Aufhebung der Verbrauchsabgabe und der Ausfuhrprämien auf Zucker verlangen.

Das Oertel'sche Blatt, die „Deutsche Tageszeitung", glaubt, diese Anträge alle nicht ernst nehmen zu sollen. Nun das ist seine Sache. Es wird sehr bald eines anderen belehrt werden.

Der längst angekündigte Zentrumsantrag, wonach die Ueberschüsse aus den Lebensmittelzöllen zu einer Wittwen- und Waisenversorgung für die Arbeiter verwandt werden sollen, liegt nunmehr im Wortlaut vor. Darnach soll im Tarifgesetz als § 11a folgende Bestimmung aufgenommen werden:

„Ueber denjenigen Ertrag der Zölle auf Roggen (Position 1), Weizen (2), Gerste (3), Rindvieh (102), Schafe (103), Schweine (105), Federvieh (106), Fleisch (107), Butter (132), Käse (133), Eier (134, Mehl (160) und sonstige Müllerei-Erzeugnisse, welcher den Durchschnittsertrag der bisherigen Zölle auf diese Waare (Zolltarif vom 27. Mai 1885) nach dem Ergebniß der Jahre 1895—1902 übersteigt, ist durch ein besonderes, spätestens bis zum 1. Januar 1910 zu verabschiedendes Gesetz zur Erleichterung der Durchführung der Wittwen- und Waisenversorgung Bestimmung zu treffen. Bis zum Inkrafttreten eines solchen Gesetzes sind diese Mehrerträge für Rechnung des Reiches anzusammeln und verzinslich anzulegen."

Außerdem soll der § 12 des Tarifgesetzes im Schlußsatz folgendermaßen abgeändert werden:

„Der Zeitpunkt, mit welchem dieses Gesetz in Kraft tritt, wird durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths bestimmt. Mit demselben Zeitpunkt treten das durch die Bekanntmachung vom 24. Mai 1885 veröffentlichte Zolltarifgesetz mit dem zugehörigen Zolltarif, die Abänderungsgesetze dieses Zolltarifgesetzes vom 18. April 1886, 21. Dezember 1897, 14. April 1894, 18. Mai 1895, 6. März 1899 und 14. Juni 1900, sowie § 80 des Zuckersteuergesetzes vom 27. Mai 1896 mit der Maßgabe außer Kraft, daß die bisherigen Vorschriften über die Ueberweisung eines Theils des Ertrags der Zölle und der Zuckersteuer an die Bundesstaaten, abgesehen von der sich nach § 11a ergebenden Aenderung, so lange in Wirksamkeit

bleiben, bis darüber durch besonderes Gesetz anderweit bestimmt wird."

Der Antrag ist lediglich das Schamtuch, hinter dem das Zentrum seine brotvertheuernde Blöße zu verstecken sucht. Es erkennt damit die ungerechte Belastung der unteren Volksklassen an, möchte aber die hierin liegende Sünde vergessen machen, indem es einen Theil des Sündenlohnes, nicht einmal den ganzen, für die Wittwen und Waisen der Arbeiter zu reserviren sucht. Das ist echt jesuitische Politik!

Der Gumbinner Mordprozeß wurde, wie jüngst schon angekündigt, Sonnabend vor dem Reichsmilitärgericht in Berlin verhandelt. Von den Angeklagten war nur Hickel erschienen. Die Anklage vertrat der Obermilitäranwalt v. Pechmann, die Vertheidigung führte für Marten Rechtsanwalt v. Simson, für Hickel Rechtsanwalt Bieber. Die Verhandlung begann mit der Verlesung des Urtheils des Oberkriegsgerichts und der Revisionsgründe. Leiter der Verhandlung war Senatspräsident Weiffenbach, während Generalmajor Kaltenborn-Stachau den Vorsitz führte. Der Vertheidiger Marten's beantragte Aufhebung des Urtheils gegen Marten. Um 3 Uhr trat eine Pause ein. Sofort nach der Pause sagte Obermilitäranwalt Pechmann, er schließe sich dem Antrage des Vertheidigers auf Aufhebung des Urtheils gegen Marten an, weil der Gerichtsherr das gesetzlich festgelegte Prinzip der Ständigkeit der Oberkriegsgerichte verlegt habe und die Vorschriften bezüglich der Oeffentlichkeit der Verhandlungen nicht im Sinne des Gesetzes angewendet worden seien. Die anderen Gründe der Revisionsbegründung des Vertheidigers hielt der Oberreichsmilitäranwalt für nicht stichhaltig. Nach etwa sechsstündiger Verhandlung und anderthalbstündiger Berathung des Gerichtshofes verkündete Professor Dr Weiffenbach folgendes Urtheil des Reichsmilitärgerichts: Das gegen die Angeklagten Hickel und Marten ergangene Urtheil vom 20. August wird aufgehoben und zur anderweitigen Aburtheilung an die Berufsinstanz zurückgewiesen. Das Reichsmilitärgericht begründete die Zulassung der Revision bezüglich Marten's mit der nicht ordnungsmäßigen Besetzung des Oberkriegsgerichts und der unstatthaften, theilweisen Ausschließung der Oeffentlichkeit, sowie bezüglich Hickel's mit der Ablehnung des Antrages des Vertreters der Anklage auf Entfernung der Zeugen Meltzer und Schneider während der Vernehmung des Zeugen Skoppek. Der Prozeß wird also nochmals in Gumbinnen zur Verhandlung kommen. Hoffentlich wird dann ein Urtheil gefällt, das mehr dem Rechtsbewußtsein des Volkes entspricht.

Der Zentrumsabgeordnete Pingen versucht jetzt die Schärfen seiner Angriffe auf beim Getreideimport interessirte Ministerialbeamte abzuschwächen, was jedoch angesichts des mitgeilten Wortlauts seiner Bonner Rede nicht ganz leicht ist. Die einzige Thatsache, die Pingens Verdächtigung zu Grunde liegt, scheint jetzt in folgendem festgestellt zu sein: Der Vortragende Rath im Handelsministerium, Wendelstadt, zusammen und seine zwei Brüder sind Besitzer eines großen ererbten Territoriums in Argentinien, auf dem sie Viehzucht betreiben lassen und deutsche Musterwirthschaften eingerichtet haben. Ihr Getreideexport soll vorläufig noch fast null sein.

Der Duellmord in Jena kam bereits Sonnabend zur Aburtheilung vor dem dortigen Kriegsgericht. Neben dem Leutnant Thieme, der den Studenten der Chemie Held erschoß, hatte sich auch der Hauptmann Seebach wegen Kartelltragens zu verantworten. Thieme wurde unter Annahme mildernder Umstände zu zwei Jahren drei Monaten Festungshaft, Seebach ebenfalls unter Annahme mildernder Umstände zu 14 Tagen Festungshaft verurtheilt. — Wie lange wird die Begnadigung auf sich warten lassen?!

Arbeitslosen-Ansammlungen fanden auch Sonnabend in Frankfurt a. M. statt, doch wurden sie bald durch die Polizei zerstreut. Für Dienstag sind zwei Versammlungen von Arbeitslosen einberufen, die eine ins Gewerkschaftshaus, die andere in die Concordia. Referenten sind Dr. Quarck und Arbeitersekretär Gräf.

Kleine politische Nachrichten. Die Waffen zu schärfen zur Vorbereitung für die Reichstagswahlen mahnt der Parteivorstand der Nationalliberalen in den „Mittheilungen für die Vertrauensmänner der Nationalliberalen Partei". — Für die Reichstagsersatzwahl in Breslau-West hat nach der „Schles. Ztg." Justizrath Bellerode-Dembczak die ihm von konservativer Seite angebotene Kandidatur angenommen. In der Generalversammlung des deutsch-konservativen Vereins theilte der Vorsitzende mit, daß man anfangs einen Vertreter des Mittelstandes als Kandidaten in Aussicht genommen gehabt habe, der betreffende Herr aber habe aus Gesundheitsrücksichten und wegen Unabkömmlichkeit vom Geschäfte seine anfängliche Zusage zurückgezogen. — Wie Preußen, so soll, der „Nationalliberalen Korrespondenz" zufolge, namentlich auch Bayern nicht geneigt sein, dem vom Reichstag gefaßten Beschluß wegen Aufhebung des Jesuitengesetzes beizutreten. — Dem braunschweigischen Landtage ist ein Gesetzentwurf betr. Anstellung weiblicher Fabrik-Inspektoren zugegangen. — Die preußischen Grundmagnaten sind schon wieder lüstern nach einer neuen kleinen Liebesgabe. Graf v. Mirbach hat im Herrenhause den Antrag eingebracht, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, demnächst beiden Häusern des Landtages einen die Herabsetzung des Fideikommißstempels betreffenden Gesetzentwurf vorzulegen. Die Junker wollen nicht nur ihren Grundbesitz unanfechtbar festlegen, es soll ihnen auch nicht viel kosten. — Die Mittheilung, daß in dem Prozeß gegen den Rechtsanwalt Horn und die „National-Zeitung" in Berlin wegen des Gumbinner Prozesses das Landgericht die Einstellung des Verfahrens beschlossen habe, ist unrichtig; es ist nach der „National-Ztg." vielmehr am 8 d. Mts. die Eröffnung des Hauptverfahrens beschlossen worden. — Die „Nationalliberale Korresp." schreibt: Ob es möglich sein wird, die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches noch in der laufenden Gesetzgebungsperiode mit der Frage der Beseitigung des fliegenden Gerichtsstandes der Presse zu befassen, scheint nicht mit Sicherheit bejaht werden zu können. Die Ansichten über den zu beschreitenden Weg gehen in den zuständigen Kreisen z. Zt. noch erheblich auseinander. — Der mit so vielem Tantam während der lex Heinze-Bewegung gegründete Goethe-Bund soll sich auflösen wollen. Wohl ihm und uns, denn lebensfähig war der Bund doch nicht. — Das Magistratskollegium in München hat die im Etat für Bauarbeiten vorgesehenen 271 000 Mk. zur sofortigen Verwendung für diese Arbeiten im Interesse der Arbeitslosen angeordnet, da andere in Aussicht genommene Bauten nicht so rasch, als es im Interesse der Arbeitslosen nöthig, ausgeführt werden könnten. Dabei wurde beklagt, daß der Staat hier noch keine Arbeiten für diesen Winter in Angriff genommen habe und es wurde betont, daß die Stadtgemeinde allein auf Arbeitsbeschaffung bedacht gewesen sei. — Vor der Strafkammer in Gnesen hatten sich vier polnische Kaufleute aus Mogilno wegen angeblicher Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten zu verantworten, weil sie Briefbogenpapier verkauften, das oben am Kopf die Mutter Gottes von Czenstochau mit der Unterschrift „Gott erlöse die Polen" und den Daten der vier polnischen Aufstände verkauften. Die Angeklagten erhielten Geldstrafen von 10—30 Mk. — Wie die „Köln. Ztg." erfährt, plant der preußische Staat, die Zeche Waltrop, die Vohwinkelschen Berggerechtsame sowie die Zeche Vereinigte Gladenbeck nebst einer Reihe daran anstoßender Kohlenfelder zum Preise von 50 Millionen Mark anzukaufen. Der Finanz- und Handelsminister hätten bereits eine dahingehende Vereinbarung getroffen. — Der Boykott Galiziens, speziell von Brauereien und anderen Industrieen, gegen preußische Kohle wächst, statt preußischer Kohle wird fortdauernd russisch-polnische genommen. — Wegen angeblicher anarchistischer Umtriebe wurden in Triest der Arbeiter Giraldi, der Handlungsgehülfe Cosetti und der Student Pittoni verhaftet. — In Saragossa bombardirten Freitag Volkshaufen mit Steinen Klöster, öffentliche Gebäude und Tramwagen, um gegen die Absetzung des Gouverneurs zu protestiren. Die Gendarmerie zersprengte sie mit flacher Klinge und nahm vier Verhaftungen vor. Die Läden sind geschlossen, berittene Gendarmerie patrouillirte in der ganzen Stadt, die Truppen waren andauernd in den Kasernen konsignirt. Der neue Gouverneur ließ an allen Straßenecken eine strenge Verordnung anschlagen. — Zolas Werke sind von der Zollbehörde des australischen Staates Viktoria auf den Index gesetzt worden. Nachdem das Obergericht des Staates sie als „unanständige Literatur" erklärt hatte, nahmen die Zollbeamten Melbournes die erste Gelegenheit wahr, eine Sendung dieser Bücher wegzunehmen.

Frankreich.

Millerand ausgepfiffen! Die Minister Millerand, Andre und Decrais sind Freitag in Lyon angekommen und begaben sich nach dem Stadthause. Als Millerand dieses verließ, wurden Kundgebungen veranstaltet, wodurch es zu Schlägereien kam. Einige Manifestanten, die sich dem Minister genähert und gepfiffen hatten, wurden verhaftet. Ministerpräsident Waldeck-Rousseau kam später von Nizza an und wurde von den bereits eingetroffenen Ministern empfangen. Die Menge begrüßte den Ministerpräsidenten mit den Rufen: „Es lebe Waldeck-Rousseau!" „Es lebe die Republik!"

England.

Die Redseligkeit der englischen Minister kennt keine Grenzen. Das Leitmotiv für alle ist es, England als die schwer gekränkte Unschuld hinzustellen. Freitag hielt Balfour vor einer großen Versammlung eine Rede, in der er ausführte, daß das Gebiet, in dem sich der Guerillakrieg in Südafrika abspiele, immer kleiner werde und daß die Guerillabanden weiter und weiter fortgedrängt würden. (Man vergleiche damit die Nachricht, daß Dewet erneut die Kapkolonie bedroht trotz aller Blockhauslinien! D. R.) Auch sei er mit Rosebery der Ansicht, der Umstand, daß die öffentliche Meinung auf dem europäischen Kontinent England so entschieden feindlich sei, sei eine ernste Sache. Rosebery denke, wie die Regierung, daß dieser gerechte Krieg in humaner Weise geführt worden sei. (???) Seiner Ansicht nach könne man dem Muthe und der Humanität der Armee irgend einer Nation kein höheres Lob ertheilen, als wenn man sage, daß sie dem Muthe und der Humanität nahe komme oder sie erreiche, welche die englischen Soldaten in Südafrika bewiesen haben. — Die letzte Wendung ist gegenüber Kitchener's Politik des Sengens und Brennens und des Kindermordens in den Konzentrationslagern eine unerhörte Dreistigkeit.

Serbien.

Als tendenziöse Erfindungen werden von amtlicher serbischer Seite alle die bekannten Gerüchte über bevorstehende Ueberraschungen und schwerwiegende Ereignisse in Serbien hingestellt. Die Regierung sei lediglich bemüht, zur Tilgung der schwebenden Schuld eine Anleihe aufzunehmen.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze. Nachrichten aus Blumfontein lassen erkennen, daß Dewet jetzt über zahlreichere Streitkräfte verfügt, als je im letzten Jahre. Er bereitet eine größere Aktion vor, deren Zweck anscheinend in erster Linie ist, die englischen Truppen auf sich zu ziehen, um Botha den Weg nach Natal freizumachen. Wie nun „Reuters Bureau" meldet, versuchte Dewet bereits, die Eisenbahnlinie nördlich von Kroonstad zu überschreiten, wurde aber zurückgetrieben. Man glaubt jedoch, daß er den Versuch bald erneuern wird. Englischerseits wird jetzt abermals eine große Unternehmung gegen den kühnen Burenführer geplant, und im Hauptquartier Kitchener wird fieberhaft gearbeitet.

Amerika.

Der frühere Präsident von Honduras, Barquez, wurde, wie Reuter aus Managua meldet, an Bord eines Dampfers verhaftet, unter der Anschuldigung, er habe eine Revolution in Zentralamerika gegen den Präsidenten Zelaya von Nicaragua anstiften wollen.

Aus Willemstad meldet dasselbe Bureau: Dem Dampfer „Liberador" ist es gelungen, an verschiedenen Punkten der Küste von Venezuela Waffen an die Aufständischen zu vertheilen. Die dem Präsidenten zur Verfügung stehende Flotte konnte die Landung der Waffen nicht verhindern.

China.

Der französische Gesandte, Beau, weigert sich, dem Hofe sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen, bevor China gewisse Forderungen der französischen Regierung erfüllt hat. Die vorbereitete gemeinsame Audienz der neu ernannten Gesandten ist wegen des Vorgehens Beau's vorläufig verschoben worden, da seine Kollegen noch darüber berathen, ob es angezeigt sei, ihn zu unterstützen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 13. Januar.

Der Zuzug von Schiffbauern, Schlossern, sowie überhaupt von Metallarbeitern nach Kiel ist streng fernzuhalten, da die Germania-Werft nachgewiesenermaßen Lohndrücker von auswärts zu importiren versucht. — Unsere Warnung findet ihre Bestätigung in einem Briefe, der von zwei hiesigen Metallarbeitern, welche kürzlich nach Kiel gefahren sind, an einen hiesigen Freund gerichtet ist. Neben der Warnung, nach dort zu reisen, wird noch bemerkt, daß die beiden Lübecker dort zwar sofort Arbeit erhalten haben; sie wurden aber von dem Meister Lassen mit den typischen Worten begrüßt, daß sie nur lieber in Lübeck hätten bleiben sollen, da er selbst nichts zu thun habe. Hieraus geht klar und deutlich hervor, daß auf der Werft thatsächlich ein Arbeitsmangel vorhanden ist, und daß man mit der Heranziehung fremder Arbeiter einen Schlag gegen die auf der Werft beschäftigten Arbeiter plant. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Metallarbeiters Kiel, und insbesondere die Germaniawerft, zu meiden.

Zum Beamtenbesoldungsetat sind dem Bürgerausschuß nachfolgende Eingaben zugestellt worden: 1. Eine Eingabe des Lübecker Lehrervereins, in welcher gebeten wird, daß die Gehaltsklassen der Volksschullehrer aufgehoben werden und daß die Volksschullehrer in Stadt und Land ein Anfangsgehalt von 1800 Mk. und ein Endgehalt von 3600 Mark beziehen, das wie bei allen anderen Beamten in 20 Jahren zu erreichen ist. 2. Eine Eingabe der Hauptlehrer vom Dezember 1901, welche an den Bürgerausschuß die Bitte richtet, derselbe wolle die Gehaltssätze für die Hauptlehrer dahin feststellen, daß das bisherige Verhältniß zu den Gehalten der Lehrer nicht verschoben werde, und sie in ihrem Einkommen nicht hinter denjenigen Beamten zurückstehen, die jetzt mit ihnen das gleiche Gehalt beziehen. 3. Eine Eingabe des Bezirksschullehrers H. Zäuner in Travemünde vom 20. vor. Mts., welche um Gleichstellung desselben im Gehalt mit den Hauptlehrern der städtischen achtklassigen Volksschulen bittet. 4. Eine Eingabe des Vorsitzenden der Abtheilung der Bezirksschullehrer, J. Maass, vom 21. v. Mts., welche folgende, von den Bezirksschullehrern einstimmig ausgesprochenen Wünsche dem Bürgerausschusse unterbreitet: a) Alle festangestellten Lehrer im Landgebiet erhalten ein Anfangsgehalt von 1800 Mk, steigend um 6 Mal 200 Mk. in 20 Dienstjahren auf 3000 Mk.; b) Die Bezirksschullehrer an zwei- bis vierklassigen Schulen erhalten außerdem eine pensionsfähige Funktionszulage von 300 Mk.; c) Die Bezirksschullehrer in Travemünde, Vorwerk, Schlutup und Moisling erhalten eine pensionsfähige Funktionszulage von ferneren 300 Mk.

Achtung Tapeziere! In Kiel sind bei der Firma Nebendahl 17 Kollegen wegen Lohndifferenzen in Ausstand getreten. Der Zuzug von Tapezieren nach Kiel ist deshalb zu vermeiden.

Eine nicht scharf genug zu rügende Unsitte ist das von vielen Personen auf der Straße beliebte wagerechte Tragen des Stockes oder Schirmes. Schon mancher Unglücksfall ist hierdurch herbeigeführt worden. Auch am Freitag Abend erlitt ein achtjähriges Mädchen, welches mit seiner Mutter die Breitestraße passirte, eine glücklicherweise nur unbedeutende Verletzung an der rechten Wange, indem es gegen eine scharfe Schirmspitze lief. Der unvorsichtige Träger konnte infolge seines plötzlichen Verschwindens leider nicht ermittelt werden.

Die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft hat im Vorjahre eine Mindereinnahme von 185 000 Mk. zu verzeichnen gehabt. Während der Personen-Verkehr eine Mehreinnahme von ca. 72 000 Mk. und die Nebeneinnahmen gleichfalls eine Vermehrung von ca. 13 000 Mk. aufzuweisen haben, ist bei dem Güterverkehr eine Mindereinnahme von ca. 270 000 Mk. zu verzeichnen.

Die neue Feuerwache St. Lorenz wird Montag, den 13. dss. Mts., Nachmittags besetzt und in Betrieb genommen werden. Die Wache ist mit den öffentlichen Feuermeldestellen der Vorstadt St. Lorenz in telegraphischer Verbindung und ist außerdem an das öffentliche Fernsprechnetz angeschlossen (Nr. 550). Die Fernsprechnummer für die Hauptfeuerwache (Spritzenhaus Breitestraße) ist 123.

Ein unfreiwilliges Bad nahm am Sonnabend ein Arbeiter, dem auf der Eutiner Brücke vom Stoßwind die Mütze fortgerissen und ins Wasser geschleudert wurde. Als er versuchte, seine Kopfbedeckung wieder zu erhaschen, rutschte er auf der schlüpfrigen Böschung aus und gerieth bis an den Leib in den Stadtgraben hinein.

Herr Ejnar Forkhammer, der unter der Direktion Erdmann-Jesnitzer als Heldentenor hier zuerst die Bühne betrat und infolge seiner hervorragenden stimmlichen Mittel bald lebhaftes Aufsehen erregte, hat seinen Vertrag mit der Dresdener Hofoper, wohin er von hier aus ging, gelöst und wird vom 1. September an dem Verbande des Opernhauses in Frankfurt a. M. angehören.

Den Offenbarungseid leisteten im verflossenen Monat Dezember 3 Personen.

Stadttheater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Vielseitigen Wünschen nachkommend, läßt die Direktion Dienstag eine Wiederholung des gewaltigen Dramas „Die Macht der Finsterniß" von Tolstoi stattfinden. Mittwoch gelangt zum ersten Male „Unser Pflegevater" Lustspiel in 3 Akten von Franz Gottscheid, dem Direktor des Theaters, zur Aufführung.

* **Kleine amtliche Nachrichten.** Ueber das Vermögen des Schirmfabrikanten Hartog Stoppelmann zu Lübeck, Hüxstraße Nr. 40, ist am 10. Januar das Konkursverfahren eröffnet und der Rechtsanwalt Dr. Muus zum Konkursverwalter ernannt worden. Erster Termin findet am 4. Februar, 9½ Uhr, statt. Konkursforderungen sind bis zum 8. Februar beim Amtsgericht anzumelden.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Maurer in Wesenberg (Mecklenburg) beabsichtigen, zum Frühjahr in eine Lohnbewegung einzutreten. Sie verlangen eine Erhöhung des bisherigen Stundenlohnes von 32 auf 35 Pf.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Auf dem dem Fürsten zu Schaumburg-Lippe gehörigen Gute Wilhelminenhof bei Güstrow brannte ein von 2 Familien bewohnter Kathen vollständig nieder. — Aus dem Gefängniß in Strelitz entwichen ist ein mit Holzarbeiten beschäftigter Sträfling, indem er einen Eisenstab durchfeilte und sich dann an einem Strick aus seiner im zweiten Stock belegenen Zelle herunterließ. — Der Böttcher Hennings zu Sülze wurde Sonnabend vom Rostocker Landgericht wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen zu 1½ Jahren Gefängniß verurtheilt. — Die Kieler Strafkammer sprach Sonnabend den

Stadtverordnetenvorsteher Neve-Eckernförde von der Anklage des Betruges bei Lieferungen an die städtische Armenanstalt frei. Der Staatsanwalt hatte eine sechsmonatige Gefängnißstrafe und dreijährigen Ehrverlust beantragt. Die Erhebung der Anklage veranlaßte seiner Zeit den Magistrat, die Wiederwahl Neves zu beanstanden. — Der bei Levensau überfahrene Knabe ist als der 12½jährige Bracks aus Kiel rekognoszirt worden. — Wegen Ueberfüllung des Flensburger Gefängnisses wurden 15 Personen nach dem Altonaer und 4 nach dem Glückstadter Gefängniß überführt. — Das neueste Hamburger Fünfmast-Segelschiff „Preußen", das sich für die Rhederei F. Laeisz auf der Tecklenborg'schen Werft in Geestemünde im Bau befindet, wird nicht nur das größte Segelschiff der Weltflotte sein, sondern das einzige Fünfmastvollschiff der Welt, da sämmtliche Masten volle Takelage erhalten. Diese fünf Masten sollen dem gewaltigen Druck von 39000 Quadratfuß Segelfläche Widerstand leisten. Das Schiff ist 437 Fuß lang, 53 Fuß 6 Zoll breit, 33 Fuß 8 Zoll tief. — Der Pionier R. vom Harburger Bataillon war zur Büchsenmacherei kommandirt gewesen, aber wieder in die Front zurückversetzt. Das freute ihn so, daß eines Tages beim Turnen am Gerüst, das er von Herzen liebte, sein Gesicht von heller Freude erglänzte. Der Unteroffizier bemerkte das und verbot dem R. das Lachen. R. lachte weiter und wurde deswegen vom Kriegsgericht zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt. Er legte Berufung ein, und das Oberkriegsgericht in Hamburg ermäßigte die Strafe auf 5 Wochen Gefängniß. — Vom Harburger Schöffengericht wurde der verantwortliche Redakteur der „Harburger Zeitung", Tiemann, zu 50 Mk. Geldstrafe verurtheilt, weil er ein vom Vorstande des Wirthschaftlichen Schutzvereins unterzeichnetes Inserat aufgenommen hatte, durch welches sich einige Geschäftsleute beleidigt fühlten. In dem Inserat war nämlich mitgetheilt, daß mehrere Firmen fortgesetzt im sozialdemokratischen Volksblatt inserirten und daran die Mahnung geknüpft: „Wendet Euch ab von den bestehenden Feinden der Ordnung." Die erwähnten Firmen hatten darauf die Beleidigungsklage gegen Tiemann angestrengt.

Altona. Versuchter Raub- und Selbstmord. Auf dem Heimwege von der Sparkasse wurde am Sonnabend Nachmittag auf offener Straße eine alte Frau von einem elegant gekleideten Herrn niedergeschlagen. Der Thäter raubte ihr das Sparkassenbuch und entfloh. Als er sich von Arbeitern verfolgt sah, flüchtete er in ein Haus in der Braunschweigerstraße und erschoß sich im Hausflur.

Kiel. Ein unsittlicher Leutnant. Das Kriegsgericht verurtheilte den Leutnant zur See Jobst vom Küstenpanzer „Aegir" wegen Beleidigung bezw. vorschriftswidriger Behandlung Untergebener in vier Fällen zu dreimonatlicher Festungshaft. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt. Nach der öffentlich verlesenen Anklageschrift hatte der Verurtheilte seinen Untergebenen unsittliche Zumuthungen gestellt. — Im „Gazelle"-Prozeß, der am Sonnabend wiederum das Oberkriegsgericht beschäftigte, wurde dem Antrage der Angeklagten Genz und Peik auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand des Prozesses entsprochen und die Verhandlung ausgesetzt, weil das Urtheil der ersten Instanz keinem der Angeklagten und Vertheidiger in rechtsgültiger Weise zugestellt worden ist.

Apenrade. Die Polizeibehörde hat sich's „überlegt." Bekanntlich hat dieselbe von den Gewerkschaften gefordert, dieselben sollten die Ausländer ausschließen, weil nur Preußen das Recht hätten, sich in Vereinen und Versammlungen zusammenzuschließen. Die Gewerkschaften weigerten sich, dieser seltsamen Aufforderung nachzukommen. Statt nun in der üblichen Weise die Gewerkschaften wegen dieser Weigerung dem Strafrichter auszuliefern, schreibt ihnen die gutmüthige Apenrader Polizei folgenden Schreibebrief: „In gegebener Veranlassung werden Sie hierdurch aufgefordert, innerhalb einer Woche ein Verzeichniß Ihrer Mitglieder, welches dem gegenwärtigen Stande entspricht, hierher einzureichen, oder diejenigen Aenderungen mitzutheilen, welche seit der letzten Einreichung der Liste durch Zu- oder Abgang entstanden und bisher nicht angezeigt worden sind. Die Mitglieder sind mit ihren Vornamen und Standesangabe derart zu bezeichnen, daß eine Verwechselung mit anderen Personen möglichst ausgeschlossen ist. In Zukunft sind alle Aenderungen nach § 2 des Vereinsgesetzes binnen drei Tagen hierüber pünktlich mitzutheilen." — Wahrscheinlich wird sich nun die Apenrader Polizei die Ausländer selbst in den Listen aussuchen und sie bitten, aus den Gewerkschaften auszutreten, die so schnöde auf das Vereinsgesetz pochten.

Güstrow. Seitens der sozialdemokratischen Mitglieder des Bürgerausschusses ist demselben unterm 10. Januar d. J. folgender Antrag unterbreitet: „Bürgerausschuß ersucht den verehrlichen Magistrat, die Aufstellung des Stadthaushalts für 1903 unter Mitzugrundelegung der Erträge aus einer einzigen, stufenweis gesteigerten Einkommen- und Vermögenssteuer zu bewirken. Desgleichen ersucht Bürgerausschuß um eine rechtzeitige Vorlage, betreffend die Eintheilung und Erhebung dieser Steuer." — Das jetzige Steuersystem ist ein wahrer Rattenkönig von Steuern und Abgaben und gerade diese Buntscheckigkeit läßt den minder Eingeweihten den plutokratischen Charakter desselben so wenig erkennen.

Bant. Einstimmig wiedergewählt zum Beigeordneten der Gemeinde Bant wurde in der letzten Sitzung des Gemeinderaths der Genossen Paul Hug. Die Wiederwahl ist ein Protest gegen die Nichtbestätigung desselben durch das Ministerium. Mit Sicherheit ist zu erwarten, daß die Wahl Hug's auch jetzt nicht bestätigt wird, doch wird der Gemeinderath darum auch ferner auf seinem Standpunkt beharren und die Nichtbestätigung als eine durch nichts gerechtfertigte Verletzung des Rechts der Selbstverwaltung betrachten. Er wird bei jeder Neuwahl bezw. Wiederwahl des Hug denselben auch wieder zum Beigeordneten wählen, nach der Nichtbestätigung aber an seiner Stelle keine Wahl vornehmen, also streiken. In ein und derselben Amtsperiode verbietet es das Gesetz, ihn wieder zu wählen.

Lübecker Marktpreise vom 11. Januar.

Bauern-Butter 1,05 Mk., Meierei-Butter 1,15 Mk., Hasen Stck. 3 30 Mk, Enten Stck. 3,— Mk., Hühner Stck. 1,80 Mk, Küken Stck. 1,50 Mk., Tauben Stck. 0,50 Mk., Gänse Pfd. 0,65 Mk., Flickgans 3,— Mk., Schweinskopf 0,50 Mk., Schinken Pfd. 85 Pfg., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 6 Stck. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. 1,— Mk, Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk.

Durch Unglücksfall starb unser lieber Sohn und Bruder

Ludwig Drevs

im 49. Lebensjahre.

Tief betrauert von den Hinterbliebenen.

Beerdigung Mittwoch den 15 Januar, Vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle (Burgthor) aus.

Verband der Hafenarbeiter.

Section Kohlenarbeiter.

Durch Unglücksfall starb unser College

Ludwig Drevs

im 49. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken

Beerdigung Mittwoch den 15 Januar, Vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle (Burgthor).

Versammlung 10 Uhr im Vereinshaus.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

Frdl. Logis für 1 oder 2 jg. Leute

Ludwigstraße 38, II.

Vice!

gesucht zu sofort oder später, welcher gegen Vergütung von freier Wohnung die Verwaltung und Vermiethung von Arbeiterwohnungen übernimmt. (Bauhandwerker bevorzugt.) Offerten unt. V H an die Exped. d. Bl.

Eine neue Trittmaschine, vor- und rückwärts nähend, Umstände halber billig zu verkaufen Fleischhauerstraße 84.

Die allerfeinste Tafelbutter

(Meierei Gr.-Barnitz) kostet von heute ab **das Pfund nur 1 Mk. 10 Pfg.**

und wird auf Wunsch schon bei Abnahme von ein Pfund ins Haus gebracht.

Bestellungen werden bei mir im Laden sowie an meinem Wagen gerne entgegengenommen.

Heinr. Wischendorff, Königstr. 88.

Ihren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.

Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hüxstraße 32.

Oeffentliche

Kartell-Versammlung

am Mittwoch den 15. Januar 1902

Abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

1. Mitgliederzahl.
2. Jahresbericht und Abrechnung der Kartellkasse.
3. Jahresbericht vom Arbeiter-Secretariat und Abrechnung für 4. Quartal.
4. Sonstige eingegangene Sachen.
5. Neuwahl der Kartellkommission.

Die Kartell-Kommission.

Von Montag den 13. Januar, Abends 6 Uhr an:

Inventur-Ausverkauf.

Wer

die im Laden separat ausgelegten Artikel mit Ausverkaufspreisen

nicht

gesehen hat

und die außerordentliche Billigkeit prüfte,

ahnt es

nicht, welche Vortheile ich im Ausverkauf biete. U. A.:

Hunderte von **Cravatten,** Stück **5** und **10** Pfg.
4fach leinene **Kragen,** Stück **5** Pfg.
Prima **Cattune,** Meter 25 Pfg.
Hochf. Knaben- u. Mädchenmützen, St. **10, 15 u. 20** Pf.
Feine **Kinder-Jacken,** Stück **30** Pfg.
Lange **Ball- u. Sommerhandschuhe,** Paar **10** Pfg.
Eine Parthie **Fendel 5, 10** und **15** Pfg.
Hemdentuch, Meter **16** Pfg.
Schürzenstoffe, Meter **30** Pfg.
Normalhemden jetzt **90** Pfg.
Weiße Tischtücher 45 Pfg.
Bettdrell Meter **8** Pfg. u. s. w.
Weiße Hemdenknöpfe, Dutzend **2** Pfg.
Sämmtliche Winter-Artikel, je nach Qualität, mit 10—20 Procent Rabatt.
Ein Posten werthvoller Kinder-Anzüge für das Alter von 3—7 Jahren Stück 1.95 Mk., Werth bis 9 Mk.
Ein Posten Knaben- u. Jünglings-Anzüge, durcheinander, Stück 3.50 u. 4.00 Mk., Werth bis 15 Mk.
Reste jeglicher Art unglaublich billig.

Lübck. **Otto Albers** Kohlmarkt 10. Markt 4.

Vaterlandslose Gesellen.

Kurze Biographien der verstorbenen hervorragendsten Socialisten des 19. Jahrhunderts.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Holzarbeiter-Verband

General-Versammlung

am Dienstag den 14. Januar

Abends 8 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht und Abrechnung.
2. Neuwahl der Lokalverwaltung und sämmtlicher Hülfsbeamten.
3. Antrag der Lohnkommission betr. Entschädigung der ausgesperrt gewesenen Collegen der Werft.
4. Antrag betr. Weiterzahlung der Arbeitslosen-Unterstützung an die ausgesteuerten Collegen.
5. Abrechnung von der Weihnachtsfeier.
6. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämmtlicher Collegen ist unbedingt nothwendig.

Die Lokalverwaltung.

Circus Variété.

Nur noch **2 Tage**

das amusante Januar-Programm und die viel besuchte Burleske

Das Geburtstagskind

mit Heinr. Kalnberg.

Mittwoch letzte Vorstellung dieser Serie.

Damen-Abend.

Stadt-Theater.

Dienstag den 14. Januar. Anfang 7 Uhr.
88. Abon.-Vorst. 106. Vorst. 15 Dienstags Abon.
Auf Wunsch:

Die Macht der Finsterniss.

Drama in 5 Akten von Graf Leo Tolstoi.

Mittwoch den 15 Januar. Anfang 7½ Uhr.
89. Abon. Vorst. 107. Vorst. 15 Mittwochs Abon.
Zum 1. Male:

Unser Pflegevater.

Lustspiel in 3 Akten von Franz Gotischeid.

Freitag den 17 Januar Anfang 7 Uhr.
Doppel-Gastspiel-Vorstellung.
Gastspiel von **Aloys Pennarini** v. Hamburger Stadttheater und von **Clarence Whitehill** von der **Opéra Comique** in Paris.

Siegfried.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling.
Verleger: Theodor Schwartz — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 11. Dienstag, den 14. Januar 1902. 9. Jahrgang.

Das Zentrum in tausend Aengsten.

Das Zentrum, dem die Caprivische Handelsvertragspolitik zum großen Theil zu verdanken ist, ist jetzt eifrigst an der Arbeit, sie wieder zu zerstören. Die Agitation des Bundes der Landwirthe unter den katholischen Landwirthen, hat es so eingeschüchtert, daß es alle möglichen agrarischen Forderungen bewilligen möchte. Aber es konzedirte nicht alle, konnte als Partei, die alle Berufsstände umfaßt, nicht alle konzediren. Das genügt, um die Zentrumsagrarier, die ebenso unersättlich sind wie ihre protestantischen Kollegen, zur Stellungnahme gegen das Zentrum zu bewegen. Man warnt bereits die Bauern vor dem Eintritt in den vom Zentrum so sehr protegirten „Volksverein für das katholische Deutschland." Man ist auf der letzten Versammlung des Rheinischen Bauernvereins soweit gegangen, den hervorragenden Zentrums-Abgeordneten Müller-Fulda zu den Freisinnigen zu verweisen, was allerdings von dem Vorsitzenden zurückgewiesen wurde. Jedenfalls ist das Zentrum trotz all seines Entgegenkommens gegen das Agrarierthum bei den agrarischen Katholiken stark in Mißkredit gerathen.

Mindestens ebenso stark wie bei den nach dem 7,50 Mark-Zoll lüsternen größeren katholischen Landwirthen hat das Zentrum aber bei den katholischen Arbeitern das Vertrauen verscherzt. Die sog. christlichen Gewerkschaften, die bis vor kurzem als getreue Zentrumstruppen gelten konnten, werden von Tag zu Tag unwilliger darüber, das ihnen die Zentrumstaktik ihre wirthschaftliche Lage zu gefährden droht. Wie ernst besonnene Zentrums-Abgeordnete die Lage ansehen, ging aus der Rede hervor, die Amtsgerichtsrath Fritzen vor einigen Tagen in Wesel gehalten hat. Er sagte da:

„Andererseits unterliegt es keinem Zweifel, daß die sozialdemokratisch-freisinnige Agitation, insbesondere das Schlagwort vom Brodwucher, auch in katholischen Arbeiterkreisen nicht ohne Eindruck geblieben ist; in den christlichen Gewerkschaften zeigt sich eine bedenkliche Gährung."

Herr Fritzen hat vollkommen recht. In den christlichen Gewerkschaften gährt es, nur daß dieser Prozeß, so bedenklich er vom Standpunkt der Zentrumspartei erscheinen muß, vom Standpunkt der Handelsvertragsfreunde aus als höchst erfreulich zu bezeichnen ist. Welchen Grad die Gährung bereits erreicht hat, dafür liefert die „Westdeutsche Arbeiterzeitung", das Organ der katholischen Arbeitervereine, einen schlagenden Beweis. Die unglückliche Redaktion, die am liebsten jeder Stellungnahme zum Zolltarif aus dem Wege ginge, bekommt von ihren Abonnenten einen Brief nach dem andern, der gegen die Zentrumszollfreundschaft protestirt. Nothgedrungen muß sie von diesen Zuschriften Notiz nehmen, so peinlich es ihr namentlich ist, daß neben den christlichen Metallarbeitern, die längst zollgegnerisch waren, nun auch immer mehr christliche Holzarbeiter kommen und gegen den Tarif protestiren. Der „Gesammtverbund der katholischen Arbeitervereine" fühlt sich durch das Echo, das die Bestrebungen der Handelsvertragsfreunde in den Kreisen seiner Mitglieder finden, so beunruhigt, daß er sich sogar zu einer feierlichen Beschwichtigungskundgebung in seinen „Mittheilungen" entschlossen hat, was ihm freilich bei der Stimmung der katholischen Arbeiter nicht viel nützen wird.

Man kann sich angesichts dieser drohenden Absplitterungen nach rechts und nach links wirklich nicht wundern, wenn den Zentrumskreisen angst und bange wird. Durch die Zentrumspresse geht jetzt ein Artikel mit der Ueberschrift: „Nur keine weitere Belastung!" Darin heißt es von dem Zolltarife: „Ich fürchte, die Wellen verschlingen am Ende noch Schiffer und Kahn". Die Aussichten der Regierungsvorlage werden sowieso als außerordentlich unsicher bezeichnet. Darum ergeht an alle Schutzzöllner die fast flehentliche Mahnung, die Vorlage nicht noch mit allen möglichen sogenannten Verbesserungsanträgen zu belasten.

Wie sehr das Zentrum mit seinem Latein zu Ende ist, ging am besten aus der Vertrauensmännerversammlung in Bonn hervor. Da erzählte der Abgeordnete Pingen, der selbst Mitglied der Zolltarifkommission ist, nicht nur Räubergeschichten von hohen deutschen Beamten, die riesige Besitzungen in Argentinien hätten, sondern er sprach sich auch ausdrücklich für eine Abänderung der Geschäftsordnung aus. Und der Landtagsabgeordnete Amtsrichter Becker, der demnächst in den Reichstag gewählt werden dürfte, stimmte ihm darin bei!

„Abänderung der Geschäftsordnung" ist ein Euphemismus, ein beschönigender Ausdruck. Man meint: Verschlechterung der Geschäftsordnung zum Zwecke der Entrechtung der Minderheit. Soweit sind Zentrumsabgeordnete gekommen, Vertreter einer Partei, die einst alle Härten der Stellung einer parlamentarischen Minderheit am eigenen Leibe zu kosten bekommen hat. Das Zentrum muß sich übrigens sehr über seine Lage täuschen, wenn es glaubt, durch eine Gewaltpolitik die weichenden Schaaren seiner Anhänger an sich ketten zu können. Damit dürfte es genau das Gegentheil des gewünschten Erfolges erzielen.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Ein Streik von Bautischlern ist, wie der Königsberger „Volks-Zeitung" mitgetheilt wird, in Danzig ausgebrochen. Es haben zwanzig Mann die Arbeit niedergelegt. — Die vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie haben beschlossen, dem deutschen Holzarbeiterverband folgendes Ultimatum zu stellen: Falls der am Freitag tagenden Delegirten-Versammlung der Tischler-Innung zu Berlin vom Deutschen Holzarbeiterverband die Aufhebung der bestehenden und die Unterlassung jeglicher weiteren stillen oder öffentlichen Sperren, sowie das Zurückziehen der unterstützten Streikposten nicht schriftlich und zwar bis 9½ Uhr Abends zugesichert ist, wird die Entlassung von 10 Proz. der in den Berliner Betrieben beschäftigten Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes beschlossen und sofort durchgeführt werden. — Bei dem Thalsperren-Bau im Gebiet des Queis haben, wie aus Lauban gemeldet wird, sämmtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt. — Ein Streik der Hirten ist in Gravina in Italien ausgebrochen. Die Hirten haben eine Legha di resistenza (Widerstandsvereinigung) gebildet und fordern eine Erhöhung ihres Lohnes. Die Besitzer verweigerten dieselbe, und so kam es zum Ausstand. Es kommen 200 Familien in Betracht.

Das Strafkonto der Arbeiterbewegung ist nach den Zusammenstellungen des Parteivorstandes im Monat Dezember belastet worden mit insgesammt 3 Jahren Zuchthaus, 7 Jahren, 11 Monaten, 12 Wochen und 6 Tagen Gefängniß und 4847 Mk. Geldstrafe. Der Haupttheil der Strafen entfällt auf den so viel Aufsehen erregenden Prozeß in Köslin wegen „Landfriedensbruchs."

Aus Dortmund wird bürgerlichen Blättern berichtet: Der durch seine zwangsweise Fesselung bekannt gewordene Redakteur Bredenbeck war Donnerstag Gegenstand großer Ovationen, als er aus der Strafanstalt zurückkehrte. Tausende von Menschen hatten sich auf dem Bahnhofe versammelt und brachten auf Bredenbeck fast ununterbrochen Hochrufe aus.

Ueber die Arbeitslosen-Demonstration in Frankfurt a. M. vom Freitag berichtet die „Frankfurter Zeitung":

„Die Demonstration von Arbeitslosen hat sich heute wiederholt. Nach 3 Uhr zog wieder ein großer Trupp meist junger Leute in Stärke von einigen hundert Mann vom Roßmarkt kommend über die Zeil, die an einigen Stellen mit Menschen so dicht bedeckt war, daß die Straßenbahn nur mit Mühe ihren Betrieb aufrecht erhalten konnte. Die Polizei, die durch berittene Schutzleute verstärkt worden war, duldete nirgends das Stehenbleiben und verhinderte damit nachdrücklich eine Ansammlung der Massen. An der Ecke Zeil-Liebfrauenstraße, wo der Trupp nach dem Römerberg einzuschwenken gedachte, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Demonstranten und der Polizei, die den Zugang zum Römerberg verlegte. Die Schutzleute, unter dem Kommando eines Kommissars, hatten blank gezogen und trieben die Menge vor sich her. Die Schaar zog dann unter Johlen und Hochgeschrei bis zur Hasengasse, wo sich der Zug in die Altstadt wandte und in deren Straßen zerbröckelte. Ernstere Ausschreitungen kamen auch heute nicht vor; nur über Huteintreibungen wird berichtet. So soll u. A. einem Herrn der Hut mit einem schweren Schraubenschlüssel eingetrieben worden sein. Die Polizei hatte besondere Vorkehrungen getroffen. Außer einer besonderen Verstärkung der Stadtpatrouillen waren an gefährdeten Stellen, wie an der städtischen Arbeitsvermittelungsstelle, auf dem Römerberg, am Salzhaus und auf der Zeil Doppelposten aufgestellt, ferner durchzogen reitende Patrouillen die Altstadt. Bis nach 5 Uhr war von ernsteren Vorkommnissen nichts bekannt. Auf dem Römerberg herrschte vollkommene Ruhe. Wie uns von einem Augenzeugen berichtet wird, ist es nach 5 Uhr am Manskopf'schen Uhrthürmchen in der Kaiserstraße abermals zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Demonstranten gekommen, deren Zahl diesmal auf rund tausend geschätzt wird. Aus der Altstadt waren die Leute auf einem Umwege durchgekommen. Der Zug gelangte bis an das Uhrthürmchen, wo er durch ein starkes Aufgebot von Schutzleuten zu Pferde und zu Fuß zerstreut wurde. Einige Sistirte wurden sofort wieder in Freiheit gesetzt. Einzelne Ladeninhaber auf der Zeil und in der Kaiserstraße ließen, wie uns nachträglich noch bekannt wird, die Rolläden herunter."

Ob die Brodwucherer dieses Menetekel zu würdigen wissen werden?

Zur Angelegenheit Grunwald nimmt in der „Erfurter Tribüne" nun auch die Preßkommission das Wort. Der Vorsitzende der Kommission, Genosse Henn, giebt den Grund der Kündigung richtig an, behauptet aber, bei dem Engagement Grunwalds sei die Bedingung gestellt und angenommen worden, daß der leitende Redakteur eine Kandidatur nicht annehme. „Nur unter Annahme dieser Bedingung war das Engagement vollzogen. Diese war lediglich von dem Wunsche diktirt, den leitenden Redakteur dem Blatte so wenig wie möglich zu entziehen, am allerwenigsten aber während des Wahlkampfes, in dem acht Wahlkreise auf die thätigste Mitarbeit der Presse rechnen." Weiter heißt es in der Erklärung, daß Genosse Grunwald vor der Annahme der Kandidatur die Meinung der Preßkommission eingeholt habe; diese habe aber einstimmig ihrer Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß die Annahme der Kandidatur unmöglich und mit den gegebenen Versprechungen unvereinbar sei. Als Genosse Grunwald trotzdem die Kandidatur angenommen, sei die Kündigurg ausgesprochen worden. Genosse Grunwald stellt diese Erklärung sofort richtig. Er weist nach, daß bei seinem wirklichen Engagement von einer Bedingung, keine Kandidatur anzunehmen, gar keine Rede gewesen sei. Erst als er acht Tage nach vollzogenem Engagement nach Erfurt gekommen sei, um sich eine Wohnung zu suchen, habe Genosse Henn ihn ganz nebenbei gefragt, ob er eine Kandidatur habe. Grunwald antwortete darauf mit nein und erklärte, daß er auch vorläufig keine Kandidatur annehmen werde. Durch diese nebenbei behandelte Frage nach dem Engagement sei er keine Bedingung eingegangen und sie könne auch keinen Kündigungsgrund abgeben. Genosse Grunwald giebt sodann zu, daß er sich vor der Annahme der Kandidatur an die Preßkommission gewandt habe, und zwar weil Genosse Henn sofort seinen Widerspruch gegen die Kandidatur geltend gmacht habe, als er von der Kandidatur gehört habe. In der Preßkommission gab Grunwald die Erklärung ab, daß durch die Kandidatur das Blatt in keiner Weise leiden solle. Die Preßkommission war entgegengesetzter Meinung, indem sie annahm, daß das Blatt durch Grunwalds Kandidatur leiden müsse, und diese vermuthete Vernachlässigung wurde von der Preßkommission mit der Kündigung beantwortet. Das sind im Auszuge die

Joseph Coney.

Roman von John Law.

Aus dem Englischen von J. Cassirer.

5. Fortsetzung. (Nachdruck verboten).

Polly war bisher noch nie im Viktoria-Park gewesen und sie wußte nicht, ob es erlaubt sei, daß eine Musikkapelle des Sonntags Nachmittags weltliche Weisen spielte. Sie nahm sich vor, darüber ihren Lehrer, bei dem sie zur Bibelstunde ging, zu fragen, und wenn er sagen sollte, daß dies nicht gestattet sei, nicht mehr herzukommen.

Da sie aber nun einmal da war und auch fühlte, daß ihre Gegenwart dabei keinen Unterschied machte, das heißt, wenn sie auch weggegangen wäre, würde die Kapelle doch wie gewöhnlich weiter gespielt haben — so hielt sie es für das richtigste, Jos' Freude nicht zu stören und ihm von ihren Gewissensbedenken lieber gar nichts zu sagen.

„Wie spät mag es wohl sein?" fragte sie ihn.

Jos steckte seine Hand in die Tasche, zog sie aber bald wieder heraus und sah Polly ganz verlegen an.

„Ich hab' meine Uhr verloren", antwortete er zögernd.

„Verloren?"

„Nun, ich will sagen, ich hab sie nicht bei mir", fuhr Jos fort, „und ich weiß nicht, ob ich sie jemals wieder bekommen werde."

„Jos", rief Polly, „Du hast sie versetzt!"

„Und wenn schon", entgegnete Jos und sah seine Geliebte ruhig an.

„Nichts", antwortete Polly, indem sie ihre Augen niederschlug und weiter ging. „Wir wollen uns einmal ansehen, was dort unter den Bäumen, wo die vielen Leute stehen, los ist. Ach, da predigt ja ein Herr."

Sie kamen zu den Bäumen und sahen dort dicht gedrängt Gruppen von Männern und Frauen, welche sich um einzelne Herren scharten, die die verschiedensten Themata, die mit der Religion und Politik nur etwas zu thun hatten, besprachen und Vorträge hielten.

„Lieben Freunde!" sagte ein Redner, ein Neger, der eine Blume im Knopfloch trug und seinen Hut auf den Hinterkopf gesetzt hatte. „Ich bin hierher gekommen, um Euch über die Entwicklung Gottes zu belehren. Ohne die Kenntniß dieser großen wissenschaftlichen Wahrheit kann man nichts begreifen. Ich habe mich entwickelt; Ihr habt Euch entwickelt; Gott hat sich entwickelt."

„Kameraden!" schrie ein anderer. „Wie lange noch wollt Ihr Euch diese Unterdrückung gefallen lassen? Wißt Ihr denn nicht, daß die Leute, die über Euch herrschen, nur wenige an Zahl und gar nicht zu fürchten sind? Seid Ihr Männer, dann erhebt Euch! Fordert Eure Rechte! Beugt Euch nicht unter der Knute der Gutsbesitzer und Kapitalisten, solcher Wetterfahnen wie Chamberlain und solcher Tyrannen wie Salisbury! Zeigt, daß Ihr Männer seid!"

„Ihr könnt mir's als einem, der selber auf dem Lande geboren und erzogen worden ist, glauben, das Land lohnt gar nicht, es überhaupt zu besitzen", ließ sich ein konservativer Arbeiter vernehmen. „Mein Vater hätte sich die Hand abschneiden lassen, wenn er damit Land zu dem Preise hätte kriegen können, zu dem ich es haben kann, und ich will es noch nicht einmal dafür nehmen. Geht aufs Land und seht selbst, wie die Sachen stehen. Höret nicht auf das, was Euch die Stadtleute sagen, die nicht einmal weiße Rüben von Möhren, jungen Kohl von Oberrüben unterscheiden können."

„Ich bin hierher gekommen, um zu lernen", redete ein Jüngling mit sanften Augen einen begeistert dreinschauenden kleinen Prediger an, „und ich kann das eine nicht begreifen, Sie sagen, Gott muß gerecht sein, aber er kann auch gnädig sein. Wie vertragen sich diese beiden Sachen mit einander. Sie sprechen von der Freiheit des Willens und glauben dabei doch an Vorherbestimmung. Vielleicht können Sie mir erklären, wie Menschen, deren Bestimmung es ist, zur Hölle zu fahren, doch in den Himmel kommen können."

„Wir wollen von diesen schrecklichen Leuten weg gehen," sagte Polly. „Sie sprechen gottloses Zeug. Komm' weiter, Jos."

„Schön, ich hätte ihnen zwar noch ganz gern zugehört," antwortete Jos. „Ich mache mir nichts aus dem Burschen mit seinem Latein und Griechisch, aber ich halte von dem Kerl mit der Fahne mehr. Erinnerst Du Dich noch auf ihn, Polly, derjenige in der Menge gestern, der da sagte, die Königin sollte lieber uns was zu essen oder sonst was geben, als daß sie erlaubte, daß die Leute ihretwegen so viel Geld ausgäben?"

„Ich habe immer sagen hören, daß wir Methodisten strenger sind als die Leute, die sich zur Hofkirche bekennen", bemerkte Polly. „Wenn Du willst, kannst Du ja dableiben, ich darf nicht."

„Ich habe seine Adresse," fuhr Jos fort, ohne auf die Bemerkung Pollys einzugehen.

„Du willst ihn doch nicht etwa besuchen?"

„Kann sein, kann auch nicht sein."

„Da kann nicht viel Gutes herauskommen, wenn Du Dich mit solchen Leuten einläßt," bemerkte Polly. „Horch, drüben singen sie Choräle, wir wollen zuhören."

Jos sah aufmerksam auf sein schönes Liebchen. Dieses aber hatte die Augen niedergeschlagen, so daß sie seinen Blick nicht bemerkte. Er wandte sich lächelnd ab und folgte ihr zu einer Gruppe von Frauen und Kindern, die ein Harmonium umstanden. Im Weitergehen sah er auf die im Grase liegenden Männer, einige schliefen, andere waren wach; alle aber waren mehr oder weniger zerlumpt. Diese schienen mit der Welt vollständig abgeschlossen zu haben, sie kümmerten sich nicht um das, was um sie vorging und sie schienen froh zu sein, daß sie wie ein Stück Holz auf dem Boden liegen konnten. Sie bildeten einen Gegensatz zu den Leuten, die geistliche Lieder sangen, zu den Männern und

Erklärung der Preßkommission und die Richtigstellung Grunwalds.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Das Schwurgericht in Paris sprach den 23jährigen Mörder Martin frei, der seine Geliebte, die Tänzerin Alix, während einer Eifersuchtsszene erstochen hatte. — Bei der Insel Stenscher riß sich, einer Meldung aus Reval zufolge, eine Eisscholle los, auf der sich 30 Fischer mit 10 Pferden befanden; nur ein Fischer konnte die Insel noch erreichen. Der Eisbrecher „Jermak" ist zur Rettung der Verunglückten abgesandt. — Zwei Kinder in Antwerpen, welche, allein gelassen in der Wohnung, mit dem Petroleumapparat spielten, warfen denselben um. Das Petroleum explodirte und setzte die Kleider der Kleinen in Brand. Als die Eltern in die Wohnung zurückkehrten, fanden sie die Kinder vollständig verkohlt vor. — Wie aus Belgrad berichtet wird, wurde eine Frau aus dem Dorfe Zwazdara, Nomens Singelia Nitolics, zum Tode verurtheilt, nachdem sie ihren Mann vergiftet hatte, um mit einem jungen Liebhaber zu leben. Der Urtheilsspruch ist soeben vollzogen worden. In Serbien werden die zum Tode Verurtheilten erschossen, und auch Singelia Nitolics ist auf diese Weise hingerichtet worden. Das ungewöhnliche Schauspiel fand in Gegenwart vieler Zuschauer statt. Die Frau ist ohne Reue gestorben. Zu den zwölf Soldaten, die die Hinnichtung zu vollziehen hatten, sagte sie: „Zielt gut, Kinder, aber schont mein Gesicht." — Aus Algier wird gemeldet: In mehreren Gegenden herrscht ein außerordentlich starker Schneefall, in Bussada und Eddisulad stürzten unter den Schneemassen zahlreiche Häuser der Eingeborenen ein. — Seltsame Abenteuer haben nach in Lissabon angelangten Depeschen die Offiziere eines portugiesischen Kanonenbootes, welches am Limpopofluße stationirt war, erlebt. Als sie nachts im Schilf am Ufer angelegt hatten, wurde plötzlich die Schildwache von einer ganzen Löwenfamilie überfallen. Zwischen den Offizieren und den Bestien entspann sich auf dem Deck des Kanonenbootes ein heftiger Kampf, der mit der Tödtung zweier Löwen endete. Der überfallene Posten war arg zugerichtet und liegt auf den Tod darnieder.

Feigenblatt-Unfug. Die Lex Heinze-Bewegung seligen Angedenkens ist vielleicht nirgendwo in Deutschland auf so entschlossenen Widerstand gestoßen, wie in Münchener Künstlerkreisen. Um so auffälliger erscheint folgende Mittheilung der „Kölnischen Zeitung" aus München: Besucher der Münchener Glyptothek waren nicht wenig erstaunt, deren Bedienstete eines Tages bei einer seltsamen Beschäftigung zu finden. Aus braunem und grauem Packpapier wurden mit der Papierscheere so gut es ging und jedenfalls nicht besser, als irgend ein Schulkind es besorgen würde, Feigenblätter ausgeschnitten und theilweise mit Leim, größtentheils aber mit rothem Siegellack auf den ehrwürdigen Marmor- und Bronze-Denkmälern des griechisch-römischen Alterthums befestigt. Nicht einmal die werthvollsten aller Münchener Skulpturwerke, die aus der Zeit der Perserkriege stammenden Helden von Aegina, blieben von dieser Auszeichnung verschont, die um so eigenthümlicher erscheint, als die Glyptothek ohnehin nur von erwachsenen Personen besucht werden darf. Einige der jedenfalls unschön und, wie wenigstens viele Künstler meinen, fast unanständig wirkenden Feigenblätter tragen, um den Eindruck des Häßlichen noch zu steigern, einen Ueberzug von Leim oder Kleister, dessen Zweck, wenn man nicht annimmt, daß auf diese Weise Fliegen gefangen werden sollen, nicht leicht auszudenken ist. — Die Lex Heinze ist todt, aber ihr Geist ist lebendig in der Kunststadt München.

Ein origineller Streik ist, der „Dorfztg." zufolge, in Nöda (Thüringen) in Sicht. Die vier Läuter der Kirchenglocken haben erklärt, im Falle Pastor Weingart nicht zum Seelsorger der Gemeinde bestellt wird, sofort ihre Thätigkeit einstellen zu wollen. Die Gemeindemitglieder scheinen bereits bezüglich des Kirchenbesuchs zu streiken; am vorletzten Sonntage z. B. sah man außer dem Läuter Großmann und dem Organisten, Lehrer Reinhardt, nur sieben Kinder im Gotteshause.

Ein sonderbarer Heiliger ist der Prediger der Freien religiösen Gemeinde in Nürnberg, Herr „Altpfarrer" Ziegler. Wie erinnerlich, war dieser Herr s. Zt. beauftragt, bei der Beerdigung des Genossen Oertel die Trauerrede zu halten, welche Gelegenheit er dazu benutzte, die Nürnberger Partei zu schmähen. Auch späterhin ließ er seiner Animosität gegen leitende Parteigenossen die Zügel schießen, weshalb schon im vorigen Jahre eine große Anzahl sozialdemokratischer Mitglieder aus der Gemeinde austraten. Jetzt hat er neuen Zwiespalt in der Gemeinde hervorgerufen. In einer Vorstandssitzung wurde gegen ihn der Vorwurf erhoben, daß er gegenüber jungen weiblichen Angehörigen von Gemeindemitgliedern sich als gar zu liebenswürdiger Schwerenöther gezeigt und die Mädchen gewaltsam abgeküßt habe, und es wurde ihm nahe gelegt, seine Kündigung einzureichen, widrigenfalls ihm gekündigt würde. Nun machte Herr Ziegler für die Generalversammlung seine Getreuen mobil, die ihn aus dem Gedränge hauen sollten. Er gab in dieser Versammlung zu, eine „Dummheit" mit dem Küssen gemacht zu haben, die Sache sei doch aber nicht so schlimm, daß er deßwegen seine Stelle niederlegen müsse. Zu seiner Entschuldigung führte er an, daß die geküßten Mädchen ihn durch ihr „äußerst liebenswürdiges, zuvorkommendes Benehmen" zu seinem Vergehen angereizt hätten. Herr Ziegler ist aber keineswegs ein feuriger Jüngling mehr, sondern steht schon in ziemlich vorgerücktem Alter und ist Ehemann! Für ihn trat auch der „Edelanarchist" Aub, der sich in der Oertel-Affaire ebenfalls durch Verunglimpfung leitender Parteigenossen bemerkbar machte und seinem Ausschluß aus der Partei durch freiwilligen Austritt zuvorkam, in die Schranken und versuchte, die Kußgeschichte vom „edelanarchistischen" Standpunkte aus zu beleuchten und als harmlos hinzustellen. Thatsächlich wurde auch durchgesetzt, daß Herr Ziegler Amnestie erhielt und die Gemeinde somit ihren kußlüsternen Priester behält. Es sind deshalb wieder zahlreiche Austrittserklärungen aus der Gemeinde angekündigt, da viele Mitglieder Bedenken tragen, ihre Kinder diesem Seladon zum freireligiösen Unterricht anzuvertrauen. — Und der Mann wollte den Sittenrichter über Sozialdemokraten spielen! Auch dieses Exempel beweist wieder, daß die Pfaffen der „freien" Religion unter Umständen noch unangenehmer sind wie die Andern.

Der Fall Opificius in Pforzheim hat einen eigenthümlichen Ausgang genommen. Bekanntlich wurde Genosse Opificius vor einigen Monaten wegen „Untreue" zu drei Monaten Gefängniß und zum Verlust seines Mandats verurtheilt. Opificius hatte sich als Vorstand eines Produktenvertheilungs-Vereins eines angeblichen Verstoßes gegen das Gesetz schuldig gemacht. Weder hat er persönlich einen Vortheil von seiner Handlung gehabt, noch ist der betreffende Verein geschädigt worden. Das Urtheil ist nun, nachdem das Reichsgericht die dagegen eingewendete Revision vor Kurzem verworfen hat, rechtskräftig geworden. Nun wird gemeldet, daß dem Genossen Opificius die Verbüßung seiner Strafe auf Grund der Vorschriften über den bedingten Strafvollzug erlassen wird, wenn er sich innerhalb fünf Jahren keiner weiteren strafbaren Handlung schuldig macht. Das scheint den Schluß nahe zu legen, daß man sich in Regierungskreisen überzeugt hat, das Urtheil stehe in keinem richtigen Verhältniß zur That. Zugleich soll aber Opificius eine Verpflichtung unterzeichnet haben, während dieser fünf Jahre kein öffentliches Amt zu übernehmen. Warum er dies gethan, dafür fehlt vorläufig noch jeder Anhaltspunkt.

Unsere elsaß-lothringischen Parteigenossen hielten am Sonntag vor acht Tagen in Kolmar eine Landeskonferenz ab, deren wichtigste Gegenstände die Reform der Landesorganisation und die Regelung der Preßverhältnisse bildeten. Nach dem Bericht der Straßburger „Freien Presse" wurde allseitig hervorgehoben, daß sich die im Jahre 1897 bei Gründung der neuen Landesorganisation gehegten Erwartungen nicht erfüllt haben. Der Fehler wurde in der allzu straffen Zentralisation erblickt, die den einzelnen Bezirken nicht die genügende Aktionsfähigkeit gewährte und den so verschiedenartig gestalteten wirthschaftlichen Verhältnissen zu wenig Rechnung trug. Man einigte sich schließlich auf einen Antrag Böhle, laut welchem das Land in drei Bezirke eingetheilt wird, für welche selbstständige Agitationskomitees gewählt werden. Ueber die Presse wird berichtet: Sowohl die Mülhauser als auch die Straßburger Genossen einigten sich dahin, vom 1. Januar ab selbstständig ein Blatt für sich herauszugeben. Für Mülhausen erscheint nun seit diesem Tage die in Frankfurt gedruckte „Freie Presse", sozialdemokratisches Organ für Oberelsaß, während in Straßburg die „Freie Presse für Elsaß-Lothringen" weiter erscheint. Mehrere Redner aus der Provinz tadelten das Vorgehen der beiden Städte. Beide Blätter wurden jedoch von der Konferenz als Parteiblätter anerkannt und es den Genossen der einzelnen Parteiorte überlassen, welches Blatt sie in Zukunft beziehen wollen.

Militärjustiz. Wegen „Beharrens im Ungehorsam" gegen einen in Dienstsachen wiederholt gegebenen Befehl vor versammelter Mannschaft und während der Ausübung des Dienstes hatte sich Donnerstag der 1878 in Breitendorf bei Löbau geborene, bisher noch unbestrafte Handarbeiter und jetzige Soldat Gruhl von der 3. Batterie des 1. Feld-Artillerie-Regiments Nr. 12 vor dem Kriegsgericht der 1. Division Nr. 23 in Dresden zu verantworten. Das große Verbrechen, das Angeklagter begangen haben sollte, bestand darin, daß er am Abend des 19. Dezember v. J. dem ihm mehrere Male vom Sergeanten Holzmann beim Stalldienst ertheilten Befehl, sein Pferd zu putzen, nicht sofort nachkam. Mit den Worten: „Ziehen Sie sich an, Sie sind arretirt!" ließ ihn der schneidige Unteroffizier abführen und zur Anzeige bringen. Wie G. bei seiner Vernehmung jedoch behauptet, hat er auf das Putzzeug warten müssen, das ein anderer Kamerad hatte, und infolgedessen den Befehl nicht sofort ausführen können. Das Gericht sah aber „grobe Insubordination" als vorliegend an und stellte die verletzte Disziplin durch Verhängung einer zweimonatigen Gefängnißstrafe (!) über den Angeklagten wieder her. Nun ein anderes Bild vor demselben Gerichtshof. Durch standgerichtliches Erkenntniß war der 1876 in Drehbach (Erzgebirge) geborene Sergeant Otto Gustav Henzmann von der 11. Kompagnie des 2. Grenadier-Regiments Nr. 101 wegen qualifizirbaren Hausfriedensbruches zu 1 Woche Gefängniß verurtheilt worden. Gegen dieses Urtheil hatte der Gerichtsherr zu Gunsten des Angeklagten Berufung eingelegt, infolgedessen sich das Kriegsgericht noch einmal mit der Angelegenheit beschäftigen mußte. Am 13. September v. J. war der Angeklagte in der neuen Kaserne zu Zittau einquartiert, bei welcher Gelegenheit er auch die Frau des Feldwebels Zeisig kennen lernte. Nach einem voraufgegangenen Gespräch folgte der Sergeant der Frau in ihre Wohnung. Aus Furcht vor unsittlichen Zumuthungen forderte Frau Z., die sich in ihr Schlafzimmer geflüchtet und hinter sich verriegelt hatte, H. auf, ihre Behausung zu verlassen. Doch umsonst. H. drohte vielmehr, sie einzuschließen, falls sie nicht herauskäme und fügte noch hinzu: „Ihr Mann macht im Manöver auch seinen Spaß!" Die geängstigte Frau wurde den aufdringlichen Soldaten erst los, nachdem sie ein Plättbrett nach ihm geworfen. Vor Gericht bemühte sich der Angeklagte, den Sachverhalt anders darzustellen; so will er nur zu der Frau gesagt haben: „Lassen Sie mich wenigstens Abschied nehmen!" Die Berufungsinstanz erachtete zwar nur einfachen Hausfriedensbruch für vorliegend, hielt aber die ausgeworfene Strafe für eine angemessene. Die direkte Gegenüberstellung der beiden Fälle ersetzt wohl einen weiteren Kommentar.

Der Schädel Hamerlings. Wie erinnerlich, hat die Schwester Robert Hamerlings gegen den Grazer Advokaten Dr. Goedel und den Professor der Anatomie, Dr. Kratter, die Beschuldigung erhoben, die Herren hätten den Schädel von dem Leichnam des Dichters getrennt und in das anatomische Institut in Graz verbracht. Dieser ungeheuerliche Vorgang soll sich im Oktober v. Js. abgespielt haben, als die Leiche Hamerlings auf dem Grazer Friedhof in eine andere Gruft überführt wurde. Dazu meldet man nun aus Graz: Der Staatsanwalt leitete gegen alle an der Schädelentwendung betheiligten Personen strafgerichtliche Vorerhebungen ein. Hamerlings Schädel befindet sich in der That gegenwärtig im anatomischen Institut der Universität.

Kein D-Wagen mehr? Nach einer der „Frankf. Zeitung" gewordenen Mittheilung läßt die preußische Staatsbahnverwaltung von jetzt ab bis auf weiteres keine Personenwagen mehr nach dem Durchgangssystem (D-Zugssystem) bauen; sie hat in letzter Zeit sogar die für internationale neue Schnellzüge nöthigen Personenwagen nach dem Koupeesystem zum Bau in Bestellung gegeben; wohl ein Beweis, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten über die bei den Katastrophen in Offenbach und Altenbeken gemachten traurigen Erfahrungen und hinsichtlich der Bewährung der D-Zug-Wagen (ohne Nothausgänge) bedenklich geworden ist. — Näheres wird man ja wohl im Abgeordnetenhause bei Berathung der Interpellation erfahren, die bezüglich des Eisenbahnunglückes bei Altenbeken vorbereitet ist.

Hinter verschlossenen Thüren. In der Sitzung des Kriegsgerichts der 5. Division in Landau (Pfalz) am 4. ds. Mts. hatte sich der Reserveleutnant Karl Trau, 25 Jahre alt, Rechtspraktikant aus Ludwigshafen, wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt zu verantworten. Die Verhandlung, die mit der Freisprechung des Angeklagtn endete, fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Was gab es da wieder zu verheimlichen?!

---

und Frauen, die, unter den Bäumen liegend, den Reden zuhörten und zu der Menge, die bei der Musik stand. Jos sah die Leute nicht gern an. Es war ihm so, als seien sie aus Reih und Glied gefallen und als wäre das gesammte Heer über sie hinweg marschiert, ohne weitere Notiz von ihnen zu nehmen, ohne zu forschen, weswegen sie entgleist seien, und ohne sich zu bekümmern, was aus ihnen werden sollte.

„Wie spät ist es?" fragte ihn Polly.

„Ich habe keine Uhr bei mir," antwortete Jos, und in seiner Stimme lag ein Ton von Bitterkeit.

„Ach entschuldige, ich vergaß ganz. Ich denke, es ist jetzt Zeit für mich, nach Haus zu gehen; ich darf nicht zu spät zum Gottesdienst kommen."

„Sei doch nicht albern," sagte sie kurze Zeit darauf zu ihrem Liebhaber, als er sie zu küssen versuchte. Schließlich ließ sie es aber doch geschehen. Langsam gingen sie dem Ausgange des Parkes zu. Er würde gern den Abend mit ihr im Park verbracht haben. Polly bestand indessen auf ihren Willen. Sie meinte, die „rothe" Pferdebahn würde schon an der Ecke warten und sie müßten sich daher beeilen. Sie war ein wenig böse auf Jos. Er hatte ihr heute gar nichts angeboten, nicht einmal eine Tasse Thee oder eine Flasche Ingwerbier. Früher war es anders, da war er freigebiger gewesen und hatte sie mit allem Möglichen bewirthet. Das machte sie sich aber nicht klar, daß jetzt sein Geld zu Ende sein mußte, ja, daß er so gut wie gar keins besaß, wollte ihr nicht einleuchten. In ihrem Geiste schätzte sie Jos in dem Maße, in dem er ihr Liebes und Gutes erwies. Sie betete: „Ach, lieber Gott, laß' Jos Arbeit finden, damit er mich heirathen kann."

Auf dem Verdeck der rothen Pferdebahn fuhren sie nach der Commonstraße zurück. Sie fuhren zwischen Guirlanden von Papierblumen, Fahnen und Bannern, die Whitechapel ein so glänzendes und heiteres Aussehen gaben, als wäre es eine Stadt des Kontinents gewesen. Ueber Verkaufsläden angebrachte Inschriften begrüßten die Kaiserin-Königin, überschütteten den Prinzen von Wales mit frommen Wünschen und erflehten die Segnungen des Himmels für die königliche Familie. Das große London-Hospital prahlte mit der großen Zahl seiner Patienten und die großen Brauereien waren mit rothem Tuch und Goldpapier überreich geschmückt. Jos begleitete Polly bis zu ihrem Hause und dort wartete er. Wohl möglich, daß er glaubte, man würde ihn zum Abendbrod einladen, denn er blickte durch das Fenster auf Mrs. Erwin, die Polly erwartete. Das kleine Zimmer erschien recht einladend. Der Tisch war mit einem weißen Tuche bedeckt, und auf ihm standen Brod und Butter, Salat und Brunnenkresse, Garneelen und die Theemaschine. Oft hatte Jos mitgegessen und noch vor ein paar Wochen würde ihn Mrs. Elwin aufgefordert haben, dazubleiben, heute aber streichelte sie ihre Katze und schien gar nicht bemerken zu wollen, daß er draußen stand.

„Adieu," sagte Polly, indem sie ihm die Hand reichte und die Augen niederschlug.

„Adieu!" antwortete Jos.

Sie trat in das Haus, während er die Straßen entlang schlenderte. Den Hut zur Seite gesetzt und die Hände in den Taschen pfiff er ein Liedchen vor sich hin. Endlich kam er zu einem kleinen Hause in einer engen Straße, das eine schmutzige Hausthür und zerbrochene Fensterscheiben hatte. Er trat ein, und eine enge, dunkle Treppe führte ihn in seine Kammer. Hier öffnete er einen Schrank, und als er nichts darinnen fand, schlug er seine Thüren heftig zu. Ein halbes Brot lag auf dem Tisch und er schnitt sich davon ein Stück mit seinem Taschenmesser ab. Auf seinem Bette sitzend verzehrte er die Kruste, die er vom Brot getrennt hatte, aber so langsam ging es, als ob das Kauen für seine Zähne zu schwer wäre und er es gar nicht hinunter bringen könnte. Während er aß, sah er sich im Zimmer um, das so klein war, daß er beide Wände berühren konnte, wenn er in der Mitte stand, und so finster, daß er vom Fenster aus nicht bis zur gegenüberliegenden Wand sehen konnte. Das Zimmer wimmelte von Fliegen und auch beim Essen flogen sie ihm ins Gesicht. Kein Buch, kein Bild war im Zimmer, nur kahle Wände und ein kleiner Tisch, von dem ein Fuß kürzer war als der andere. In der niedrigen Bettstelle lag eine Strohmatratze und eine schmutzige Decke. Voller Ekel sah Jos nach der gegenüberliegenden Wand. Dann steckte er sich eine Pfeife an und trat ans Fenster, von dem sich ihm ein Blick auf Dächer und Schornsteine bot. Auch eine abgemagerte schwarze Katze, welche zwischen Ziegeln und Schieferplatten kümmerlich ihr Leben fristete, bekam er zu sehen. Jos schob seinen Hut zurück, stemmte die Ellbogen auf das Fensterbrett und schaute schwermüthig auf die umliegenden Dächer. Kirchen- und Kapellenglocken klangen, und unter den Stimmen dieser Glocken glaubte er auch den Wiederhall von Glocken zu hören, die er einst gekannt hatte zu einer Zeit, die in Wirklichkeit noch gar nicht so lange zurücklag, eine Zeit, die seinem Gedächtniß aber fast schon entschwunden war, eine Zeit, in der sich seine Lage von seiner gegenwärtigen unterschied wie das Licht von der Finsterniß. Er sah, wie der Rauch aus seiner Pfeife aufstieg und sich in der Luft zu Ringen kräuselte, und dabei mußte er an die Jahre denken, an die ihn die Glockentöne erinnert hatten, an die Jahre, die er auf dem Lande verlebt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.